



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2012



„Was Recht ist, bestimmen wir!“ Teil 2

Frauen im Männer-Zuchthaus Cottbus

Stasi-Akten in Westeuropa

Aktuell

- 3 Kritik an Beförderungspraxis
 Psychosoziale Beratung
 DDR-Heimerziehung
 Nach Redaktionsschluß
 Kommentar

Thema

- 4 „Was Recht ist, bestimmen wir!“ – Teil 2

Aufarbeitung

- 6 Frauen im Männer-Zuchthaus Cottbus
- 7 Exponat-Suche

International

- 8 Die Angst der Dienste
- 9 Ein mörderischer Ukas
 Flucht aus Nord-Korea

Dokumentiert

- 10 Im Sog der Geschichte

Berichte

- 12 Stasi-Museum in Berlin
 Auszeichnung

Verbände

- 13 IGFM
 Kaßberg
 Ketschendorf
- 14 IEDF
 Bautzen
 DDR-Flüchtlinge
 Mühlberg
 Fünfeichen
- 15 Suchanzeigen

Abschied

- 16 Dr. Ulrich Woronowicz
 Ernst Borer
 Siegfried Hentschel
 Klaus Knabe

Service/Bücher

- 17 Die Westspionage der DDR
- 18 In der Nachfolge Franz Kafkas

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

Haus 1 in der Berliner Normannenstraße. Nach aufwendiger Sanierung des Gebäudes sind das Stasi-Museum sowie Verbände und Aufarbeitungsinitiativen wieder in den ehemaligen Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit der DDR eingezogen (s.S. 12).

Foto: John Steer

Auf Droge

Über die Wirkung kommunistischer Ideologie wider alle Erfahrung

Von Horst Schüler

Er gehörte zu den Stillen im Lager und zu den etwas Älteren. Enge Verbindungen zu anderen hatte er nicht, und für diese Distanz sorgte er selbst: Er bekannte sich nämlich zum Kommunismus. Ja, hier in dieser Eiswüste Workuta, in der Zigtausende wie Sklaven geschunden wurden, weil sie sich gegen kommunistischen Terror gewehrt hatten, da sagte dieser Mann beinahe trotzig, er sei und bleibe Kommunist. Er wäre falsch beschuldigt worden und er verurteile auch den Terror, der gegen Andersdenkende geübt werde, aber eine gute Idee würde nicht deshalb falsch werden, weil eine Partei in ihrem Namen verkehrt handle.

Irgendwie fiel mir dieser Lagergefährte wieder ein, als ich die Erinnerungen von Wolfgang Ruge in dem Buch „Gelobtes Land“ las. Um verstanden zu werden: Wolfgang Ruge ist der verstorbene Vater des Schriftstellers Eugen Ruge, der 2011 für sein Buch „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ mit dem Deutschen Buchpreis geehrt wurde. Und sein Vater Wolfgang war DDR-Historiker, Nationalpreisträger, sein Leben lang Kommunist, obgleich er in der Sowjetunion viele Jahre in sibirischen Lagern verbracht hatte.

Stellt sich also die Frage, was Menschen veranlaßt, einer Ideologie die Treue zu halten, von der sie wissen, daß deren Vertreter Millionen Menschen ermordet, gefoltert und versklavt haben – ja, die nicht nur davon wissen, sondern selbst zu den Geschundenen zählten. Müssen sich nicht spätestens in den Gefängnissen und Lagern alle Illusionen als schöne, aber lebensfremde und verlogene Märchen entlarven? Kann man sich mit dem Gedanken abfinden, daß eine gute Idee auch dann noch gut bleibt, wenn Menschen sie falsch oder gar verbrecherisch auslegen? Darf man Kurt Tucholsky verstehen, der in den dreißiger Jahren einmal gefragt wurde, ob es ihn denn gar nichts angehe, wenn man in Moskau politische Gegner an die Wand stelle, und der darauf im schnoddrigen Berliner Ton sagte: „Ja, jeh mir an, aber Mensch, dett Land is eene Hoffnung.“?

Eene Hoffnung? Mag ja sein, daß Menschen, die einen kommunistischen Staat nur von außen kennen, die tödliche Gefahr dieser Ideologie nicht spüren oder sie unterschätzen, weshalb ein Literaturpreisträger die DDR denn auch als „kommode Diktatur“ verniedlichte. Aber was ist mit den vielen anderen, die zum Beispiel vier Jahrzehnte DDR erlebten – warum verdrängt Verklärung immer mehr das elende Jammertal? Warum suchen manche unentwegt nach neuen Wegen zum Kommunismus? Na klar, das sind vor allem diejenigen, die ihren bequemen Platz in der politischen oder staatlichen Hierarchie verloren haben, obgleich die meisten sich schnell im erst so verleumdeten kapitalistischen Staat etabliert haben. Aber es gibt ja auch andere, Idealisten, die wirklich glauben, das Paradies sei schon auf Erden möglich.

Ich vermute, die kommunistische Ideologie gleicht in ihrer Wirkung einer Droge. Auch von uns waren ihr ja anfangs viele verfallen. Als wir aus dem Krieg heimkehrten, eine verratene Generation, die Millionen auf den Schlachtfeldern verloren hatte - waren wir damals nicht gern bereit, denen zu folgen, die versprachen, ein besseres Deutschland aufzubauen? Und war das nach allem, was hinter uns lag, nicht allzu verständlich? Zum Glück merkten die meisten dann sehr schnell, daß lediglich eine Diktatur der vorangegangenen folgte. Wir hatten halt nur ein wenig an der Droge geschnuppert. Was aber war mit denen, die sie zu tief in sich eingesogen hatten, in deren Gedankenwelt das Gift sich schon zu fest verankert hatte? Sie wurden blind gegenüber der Realität. Das ist ja so ungemein gefährlich an politischen Drogen, sie vernebeln den Blick, sie gaukeln den Menschen ein Wunschbild vor. Und das verfolgt sie dann sogar in den Kerkern und Lagern, läßt sie Erklärungen finden, die abseits aller Wirklichkeit sind. Sie gehören zu den hoffnungslos Verfallenen. Und oft genug verzweifeln sie im steten inneren Kampf zwischen Illusionen und Wirklichkeit.

Eigentlich verdienen sie unser Mitleid.

Kritik an Beförderungspraxis

(uokg)Zur Beförderung eines früheren DDR-Staatsanwalts in Brandenburg, der an Strafverfahren wegen „illegalen Grenzübertretts“ mitgewirkt hatte, erklärte der UOKG-Bundesvorsitzende Rainer Wagner, es sei für ehemalige politische Verfolgte nicht hinnehmbar, daß man einen derartigen Vorgang zu legitimieren versuche mit dem Argument, die damaligen Urteile hätten sich „im üblichen Rahmen“ bewegt und seien nicht als „Übermaßentscheidungen“ einzustufen.

DDR-Verurteilungen mit politischem Hintergrund würden heute als rechtsstaatswidrig definiert und die Opfer rehabilitiert. Die einstige Mitwirkung an solchen Verfahren disqualifiziere fachlich und moralisch und befähige nicht, ein vergleichbares Amt in einem Rechtsstaat auszufüllen. ■

Psychosoziale Beratung

(epd)In Ostdeutschland soll die psychosoziale Beratung für Menschen, die unter den Folgen von erlebtem DDR-Unrecht leiden, ausgebaut werden. Dazu wurde nach Angaben der Caritas Mecklenburg Anfang Februar ein Institut für Diktatur-Folgen-Beratung gegründet. Damit werde eine bereits seit 2004 bestehende dezentrale Beratung an sieben Orten in eine neue Trägerstruktur überführt und ausgebaut. Die Schweriner Justizministerin Uta-

Maria Kuder (CDU) sagte anlässlich der Gründungsveranstaltung, die Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR verdienten Solidarität und Anerkennung. Viele von ihnen litten noch immer unter den Folgen der Haft, vor allem unter Ängstlichkeit, Depressionen und posttraumatischen Belastungsstörungen. Viele Betroffene würden erst jetzt über ihre Erlebnisse sprechen.

Rund 260 Menschen seien seit 2004 bereits beraten worden, teilte die Caritas mit. Die allermeisten von ihnen hätten schon ambulante und stationäre Therapien besucht, seien aber seelisch mit der Aufarbeitung des Erlebten nicht weitergekommen. Für diese Menschen solle durch die psychosoziale Beratung ein Hilfeangebot aufrechterhalten werden, um das Leben erträglicher zu machen. Finanziert werde das Institut durch Gelder der evangelischen und der katholischen Kirche. ■

DDR-Heimerziehung

(abh)Am 4. und 5. Februar traf sich der Arbeitskreis Betroffener der Heimerziehung der DDR (ABH-DDR) zu seiner zweiten Tagung in Berlin. Konsens der Beratung sei es, so die Pressesprecherin des Arbeitskreises Isabel Simon, die Unabdingbarkeit einer Novellierung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes und eine bestmögliche Ausschöpfung dieses Gesetzes zu Gunsten ehemaliger Heimkinder der DDR zu erreichen.

Neben der erweiterten Anwendung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes

sollen spezifische Hilfen und Leistungen „niedrigschwellig, unter vereinfachter Glaubhaftmachung erbracht werden“. Für die Antragstellung sollen geeignete ehrenamtliche Vertrauenspersonen von den Betroffenen gewählt werden, die die gewünschten Hilfen und Leistungen beantragen helfen.

Der Arbeitskreis sprach sich ausdrücklich gegen die Schaffung von Anlauf- und Beratungsstellen nach dem Muster des Fonds Heimerziehung West aus und forderte für die Umsetzung der Ziele die Schaffung einer bundesunmittelbaren Stiftung per Gesetz. ■

Nach Redaktionsschluß:

UOKG unterstützt Joachim Gauck

(st)Nach dem Rücktritt von Bundespräsident Christian Wulff hat der Bundesvorstand der UOKG nach reiflicher Abwägung für Joachim Gauck als neuen Bundespräsidenten votiert. In einem Schreiben des Bundesvorsitzenden Rainer Wagner an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien hieß es, daß Gauck in vielerlei Hinsicht über den Parteien stehe und die angeschlagene Autorität des Amtes schnell wieder herstellen könne. ■

Kommentar

Augen auf!

Die Ideologie der SED, Staatspartei in der ehemaligen DDR, ist mit dem Untergang ihrer gepriesenen sozialistischen Gesellschaftsordnung leider nicht auch aus allen Köpfen verschwunden. Je länger der Schock des Zusammenbruchs der DDR zurückliegt, desto leichter scheint es sich von den schönen, alten Zeiten zu träumen.

Von der Nachfolgepartei der SED wird der gescheiterte Sozialismus freilich nicht aus nostalgischen Gründen verteidigt, sondern „um der Zukunft willen“, so die Kommunistische Plattform der Linkspartei. Und: „Die DDR ist nicht nur unsere Vergangenheit, sondern unsere Zukunft.“ Im Programmentwurf der Linkspartei steht auch: „Grundlegende Veränderung der herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse“. Dabei sollen die Parlamentarier „der Motor außerparlamentarischer Kämpfe werden“. Die Gruppe Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog glaubt nicht, mit bloßen Reformen des Kapitalismus weiterzukom-

men: „Die Unvermeidbarkeit des Sozialismus ist auf diesem Weg nicht realisierbar.“ Da sind die praktischen Handlungen von Abgeordneten dieser Partei nur folgerichtig:

Glückwünsche an eine Versammlung ehemaliger NVA-Generäle und ein Treffen einstiger MfS-Obristen mit Dankbarkeitserklärungen für den „Schutz des Friedens“ zu DDR-Zeiten; Solidarität mit der kurdischen Terrororganisation PKK; Sympathiebezeugungen für das syrische und iranische Herrschaftssystem sowie für die kubanische Regierung; Aufruf zur Suche nach neuen Wegen zum Kommunismus usw., usw.

Es bleibt einer Gesellschaft, die sich über Werte wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit definiert, letztlich gar nichts anderes übrig, als zumindest die offiziellen Verlautbarungen extrem randständiger Gruppierungen – links wie rechts – genau im Auge zu behalten. Das ist besser, als sich eines Tages angesichts einer ausgehebelten Verfassung verschlafen die Augen zu reiben. Hans-Peter Schudt

„Was Recht ist, bestimmen wir!“

Simulation als Rechtsstaatlichkeit

Von Bernd Lippmann

Teil 2

Die Parteilichkeit basierte auf der sozialistischen Gesetzmäßigkeit, also auf Legalität unter ausdrücklich politischem Vorbehalt. Aus einer Frage der juristischen Entscheidungsfindung wurde ein Erkenntnisproblem gemacht, dessen Lösung nur die PdL, die Partei der Lösung, kannte, also die SED. Der theoretische Überbau hieß dabei „Übereinstimmung mit der historischen Entwicklung mit dem Ziel des Aufbaus des Sozialismus“. Oder des Kommunismus - die Begrifflichkeit war vor allem in den späteren Jahren ähnlich unscharf wie die Abgrenzung der Paragraphen des politischen Strafrechts. Theoretische Nebelbildung, aber „was Recht ist, bestimmen wir“. Und Mielke, der MfS-Chef, fügt hinzu: „Und Feinde bearbeiten wir.“ Nur eine Anmerkung am Rande: An der Verschärfung des politischen Strafrechts im Rahmen der Konstruktion des 3. Strafrechtsänderungsgesetzes 1979 war Rolf Fister beteiligt, also ein leitender Funktionär der Untersuchungsabteilung des MfS, von 1978 an Generalmajor.

War das MfS beteiligt an politischen Verfahren, hat es Einfluß genommen, hat es Steuerung vorgenommen? Alle drei Varianten entsprachen der Realität, es kam ganz auf die Situation an.

Das politische Strafrecht besteht zum Teil aus Paragraphen, deren Wortlaut und Inhalt auf konkrete Tathandlungen hinzielen, eine Tat zum Objekt haben. Ein Beispiel ist der Fluchtparagraph 213. Wenn jemand ohne „Genehmigung“ in den Westen zu gehen versuchte, wurde er bestraft. Es versteht sich von selbst, daß dieser Paragraph menschenrechtswidrig ist. Aber es wurde Verbotenes bestraft. Im Falle etwa des „Hetze“-Paragraphen (§ 106) liegen die Verhältnisse komplizierter.

Der besonderen Bedeutung des Hetze-Paragraphen wegen wird er hier auszugsweise zitiert, und zwar in der Fassung vom 12. Januar 1968. Das Auswahlkriterium ist hierbei die grundsätzliche Unterschiedlichkeit zum Volksverhetzungs-Paragraphen des bundesdeutschen Strafgesetzbuches. Die Stichworte „Rassenhetze“ oder „Verherrlichung des Nationalsozialismus/Faschismus“ finden

sich in analoger Weise in beiden Strafgesetzbüchern und werden hier nicht näher einbezogen. Die Verurteilungen wegen „Hetze“ hatten allerdings nur in seltenen Fällen mit Handlungen zu tun, die auch in der Bundesrepublik gemäß § 130 StGB Straftaten gewesen wären. Weiter unten werden dazu weitere Anmerkungen gemacht. Hier nun der Wortlaut des Hetze-Paragraphen, und zwar in zwei inhaltlich verschiedenen Versionen.

Version 1:

„Wer die verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik angreift oder gegen sie aufwiegelt, indem er

1. die gesellschaftlichen Verhältnisse, Repräsentanten oder andere Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wegen deren staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit diskriminiert;
2. Schriften, Gegenstände oder Symbole zur Diskriminierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, von Repräsentanten oder anderen Bürgern herstellt, einführt, verbreitet oder anbringt ... wird ... bestraft.“

Version 2:

„Wer mit dem Ziel, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu schädigen oder gegen sie aufzuwiegeln, Schriften ...“ [Hervorhebung v. Autor]

Während noch Mitte der 70er Jahre die explizit herausgehobene subjektive Handlungskomponente „mit dem Ziel...“ in der Formulierung des § 106 verankert ist (Version 2), findet später nur noch die Handlung an sich Erwähnung (Version 1). Im Kommentar zum Strafgesetzbuch von 1981 heißt es sogar: „Der Tatbestand richtet sich gegen feindliche Handlungen, nicht aber gegen andere Auffassungen.“ [...]

In manchen Fällen war die objektive Tatkomponente nach DDR-Recht überhaupt nicht strafbar, etwa die Weitergabe von

Büchern der Weltliteratur. Die subjektive Komponente wurde zum eigentlichen Strafvorwurf. In der Formulierung des § 106 findet sich nach 1978 nicht mehr die Formulierung „Wer mit dem Ziel...“ oder Äquivalentes, wohl aber in Anklageschriften, verfaßt von MfS bzw. Staatsanwalt – und, wie erwähnt, vom Richter übernommen. Auch in Lehrmaterialien des MfS ist eine solche Formulierung zu finden. Nach wochenlanger quälender Einzelhaft erreichten die Vernehmer vielfach ihr Ziel, daß der Beschuldigte auch die unsinnigsten Unterstellungen bestätigte.

Mit dem Gesinnungstatbestand des § 106, bei dem eine Öffentlichkeitswirksamkeit noch nicht einmal Tatbestandsmerkmal war, ist der Zusammenhang von Informations-, Meinungs- und Meinungsäußerungsfreiheit tangiert. Vor allem ist, wie weiter oben erwähnt, der grundsätzliche Unterschied zum auf den ersten Blick als westliches Analogon erscheinenden Volksverhetzungs-Paragraph § 130 StGB angesprochen. Dieser Paragraph bezieht sich z.B. auf die öffentliche Leugnung des Massenmordes an den Juden. 1995 etwa verurteilte das Landgericht Stuttgart einen Techniker deswegen zu einem Jahr und 2 Monaten Freiheitsentzug. Nationalsozialistische Propaganda stand in beiden deutschen Staaten unter Strafe, insofern ist hier eine gewisse Schnittmenge gegeben. Die Ahndung solcher Vergehen war Charakteristikum des § 130, jedoch mitnichten Spezifikum des DDR-Paragraphen 106. Wegen der Komponente „Ahndung von NS-Propaganda“ gilt der DDR-Paragraph nicht schlechthin als rechtsstaatswidrig. Folgerichtig führte ein prominenter Jurist aus, daß in Sachen des § 106 StGB der DDR nicht automatisch zu rehabilitieren sei.

Der Jurist Lothar de Maizière, Regierungschef der DDR in der Übergangszeit zur deutschen Einheit, erklärt mit Honeckers Reisewünschen in den Westen, daß es in den 80er Jahren kaum mehr Verurteilungen wegen „staatsfeindlicher Hetze“ gab. Und er führt weiter aus, daß es durchaus ein Unterschied sei, ob man wegen „Hetze“ oder „Herabwürdigung“, strafbar gemäß § 220 StGB der DDR, belangt wurde, die sich im Prinzip nur in der



Orwells Roman „1984“ galt in der DDR als besonders staatsgefährdend, die Weitergabe wurde bestraft.

subjektiven Seite, also in der Motivation, unterschieden. Im Jahre 1987 etwa gab es überhaupt keine Verurteilung nach § 106. [...]

Unter der Bezeichnung „Staatsverleumdung“ wurde die „Softversion“ des Hetze-Paragraphen (damals § 19 StEG) in den fünfziger Jahren eingeführt. Vorher war sie eine Komponente der „Boykotthetze“ (Art. 6 der Verfassung). DDR-Generalstaatsanwalt Melsheimer bezeichnete den Sachverhalt als „Kleine Hetze“, was die Einordnung in das System der Strafrechtsparagraphen deutlich macht. Der Strafrahmen betrug zunächst 2 Jahre, später 5 Jahre, also weniger als bei der „normalen Hetze“.

In der Endphase der DDR hatte der § 220 wesentlich den § 106 abgelöst, im Jahre 1988 etwa bezifferte das MfS für die „Herabwürdigung“ den (hohen) Anteil von 11% der politischen Ermittlungsverfahren. Sehr hoch war dabei der Anteil von Verfahren im Zusammenhang mit Übersiedlungersuchen. „Mail Art“ 1984 im Vorgang „Feind“ gegen den Künstler Jürgen Gottschalk brachte diesem ein Urteil von 2 Jahren und 2 Monaten ein. Sprühaktionen mit Symbolen und Losungen sollten Ende der 1980er Jahre auch nicht mehr mit der „Herabwürdigung“, sondern mit z.B. § 215 „Rowdytum“, § 222 „Mißachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole“ geahndet werden. Im Falle des Dissidenten Robert Havemann (und hier ist dieser Begriff gerechtfertigt!) beabsichtigte man ursprünglich eine Verurteilung gemäß des Hetze-Paragraphen, jedoch hat man das Verfahren umgelenkt auf den Vorwurf des Devisenvergehens. [...]

In einem letzten Abschnitt soll auf ein theoretisches Modell Bezug genommen werden, das der Literaturwissenschaftler Karol Sauerland von der Universität Warschau zur Diskussion gestellt hat. Auf einer Tagung zu Ehren George Orwells unterschied er den idealen und den perfekten Machtapparat. Ob eines dieser Prädikate auf die DDR anwendbar ist, kann diskutiert werden. Sauerland nennt die definitorischen Elemente der Begriffe von Machtapparat (hier inhaltlich zitiert):

- Ein perfekter Machtapparat ist hierarchisch geordnet, damit jeder weiß, wer über wem steht, und daß es eine Person gibt, die über alles zu entscheiden hat. Kompetenzstreitigkeiten sind ausgeschlossen.

- Im Gegensatz zum idealen Machtapparat sieht der perfekte in Schlampelei und Wirrwarr der Zuständigkeiten keinen Vorteil. Während es dem idealen darum zu gehen scheint, das Individuum an der Undurchsichtigkeit der behördlichen Zuständigkeiten irre werden zu lassen und es dadurch einzuschüchtern, gibt der perfekte Anweisungen, was zu tun ist, und läßt durchblicken, daß alles andere in die Sphäre des Unerlaubten gehört.

- Der perfekte Machtapparat benötigt über jeden umfassende Informationen, der ideale Machtapparat kommt ohne ein umfassendes Spitzelsystem aus.

- Der ideale Machtapparat muß keine Massen mobilisieren, während der perfekte ständig dabei ist, kollektive Aktionen zu organisieren.

- Der ideale Machtapparat verlangt von niemandem die Bereitschaft zu Begeisterung und intensivem Hass. Er rechnet mit einem von Sorgen gequälten Untertanen, der nur an sein Wohl denkt.

Was war nun die DDR? Eine Simulation von DDR? Eine weitere Mißgeburt des 20. Jahrhunderts auf deutschem Boden? Ein Paradoxon kennzeichnet die Existenz dieses Staates von Anfang an, nämlich der Paragraph 96 (mit dem 1968 der Begriff „Hochverrat“ eingeführt wurde, vorher § 13 StEG als Staatsverrat).

Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Begriff „Unrechtsstaat“ wird gefragt, ob die SED sogar innerhalb des eigenen rechtlichen Bezugssystems eine kriminelle Organisation genannt werden muß. Das Hauptargument ist, daß sie gemäß ihrem eigenen Strafrecht seit 1950 illegal Macht ausgeübt hätte. Auszugsweise sagt der § 96 in der Fassung vom Dezember 1987:

„Wer es unternimmt, 1. die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik durch gewaltsamen Umsturz oder planmäßige Untergrabung zu beseitigen oder in verräterischer Weise die Macht zu ergreifen...“

Sie hätten sich also alle gegenseitig einsperren müssen. Da dies nicht möglich war, hielten sie sich 40 Jahre lang an der Macht.

Möglicherweise war die „Wahl“ die größte Täuschung, denn dieser Zettelfaltvorgang wird auch heute oftmals ohne Anführungszeichen gesprochen. Man hatte zwei Möglichkeiten:

1. den Zettel zu falten und
2. sich in der Konsequenz gleichsam selbst auf die Fahndungsliste zu setzen.

Die SED hat sich zu DDR-Zeiten nie einer Wahl gestellt. Ihre (gewissen) Erfolge hatte sie paradoxerweise erst nach dem Zusammenbruch ihres Regimes. Die Simulation löste sich auf in ein Paradoxon.

(Der Beitrag beruht auf einem Vortrag des Autors für das Halle-Forum 2011 am 23. und 24. September in der Gedenkstätte Roter Ochse Halle; leicht redaktionell bearbeitet und stark gekürzt.) ■



DDR-Regierung (1981) – nach eigenem Strafrecht illegal an der Macht.

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern
Besichtigung des Gesamtgeländes,
Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten: jeden letzten Sonnabend
und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.
Tel. (03 41) 961 24 43
Fax (03 41) 961 24 99

Frauen im Männer-Zuchthaus Cottbus

Von Tomas Kittan

Das Zuchthaus Cottbus gilt in der öffentlichen Wahrnehmung als Männerknast. Das ist in dieser Absolutheit falsch. Abgesehen davon, daß die Anstalt gerade in der Zeit, in der sie wirklich „Zuchthaus“ hieß (1937-1945), ein Vollzugsgefängnis für Frauen war, befanden sich auch in den Jahrzehnten von der Eröffnung 1860 bis 1937 fast immer gleichzeitig Frauen im –

Straße. Dazu nutzte man das Polizeige- fängnis in der Mauerstraße (direkt neben dem heutigen Rathaus von Cottbus). 1960/61 wurden die weiblichen Insassen aus den U-Haftanstalten des Bezirkes Cottbus in die Bautzener Straße verlegt. Ihre Zahl schwankte damals zwischen vier und zwölf.

Gründen bis zum Prozeß und/oder un- mittelbar danach bis zum Abtransport in einen Frauenstrafvollzug der DDR in der Mdl-U-Haft in der Bautzener Straße eingesperrt waren. Stellvertretend soll hier Manuela Polaszczyk (heute 48 Jah- re alt) vorgestellt werden. Die aus Calau stammende Frau wurde im Sommer 1984 gemeinsam mit einer Freundin an der Ostsee vor einer versuchten Republik- flucht aufgegriffen. Die Untersuchungs- haftzeit verbrachte sie sowohl in den Gefängnissen Am Spreeufer als auch in der Bautzener Straße, ihre Freundin nur in der Bautzener Straße. Am 30. Novem- ber 1984 wurde Manuela Polaszczyk we- gen „versuchter Republikflucht“ über die Ostsee und „ungesetzlicher Verbindungs- aufnahme“ zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und vier Monaten verurteilt, die sie danach bis zum Freikauf am 11. September 1985 in Hoheneck absitzen mußte. Ihre „Mittäterin“ (heute 47), die damals eine kleine Tochter hatte, bekam ein Jahr und vier Monate.

So beschreibt Manuela Polaszczyk ihre Wochen in der Bautzener Straße: „1984 waren wir insgesamt etwa 15 bis 20 Mädchen und Frauen. Wir alle wurden im Erdgeschoss des alten Zellenhauses untergebracht [1993 abgerissen – T.K.]. Ich musste mir eine Ein-Mann-Zelle mit drei weiteren Frauen teilen. Das waren eine minderjährige Diebin, eine Mörderin, die ihren Freund zerstückelt hatte und eine Frau, die wegen Unterschla- gung auf ihren Prozess wartete. Beim



Foto: Tomas Kittan

U-Haftanstalt des Mdl auf dem Gelände der StVE Cottbus. Das Haus wurde 1993 abge- rissen.

wie es offiziell hieß – Zentralgefängnis Cottbus. Ob es weibliche Insassen gab, als die Anstalt um 1900 und in der NS-Zeit noch einmal zeitweilig zum Jugend- gefängnis umfunktioniert wurde, ist noch ungeklärt.

Selbst nach dem Krieg und während der 40 Jahre DDR waren hier fast immer auch Frauen eingesperrt. Allerdings stellten sie bis zum Mauerfall grundsätzlich eine Minderheit dar. Zwischen Wiedereröf- nung des Zentralgefängnisses nach dem Zweiten Weltkrieg im Sommer 1945 und 1953 gab es einen eigenen Bereich für verurteilte Frauen. Die weiblichen Strafgefangenen waren damals im Haus 3, rechts vom Eingang untergebracht. Mit dem Zustrom von Verhafteten rund um den 17. Juni 1953 und der völligen Überfüllung (im Sommer 1953 gab es die höchste Belegung aller Zeiten) kamen die verurteilten Frauen nun in einen Teil des Hauses 2, links vom Eingang. Nur in der kurzen Periode von etwa 1957 bis 1960/61 soll die Strafvollzugsanstalt „frauenfrei“ gewesen sein, berichten Zeitzeugen. Die damals rechtskräftig ver- urteilten Frauen wurden nach Halle und Hoheneck gebracht. Die Untersuchungs- haft für Frauen befand sich in diesen unmittelbaren Vorjahren des Mauerbaus außerhalb des Vollzugs der Bautzener

Mit dem Prager Frühling wurden die noch nicht verurteilten Frauen und Männer im sogenannten Zellenbau gegenüber dem heutigen Eingangstor zusammengefaßt. Der Zellenbau blieb bis 1989 Untersu- chungshaftanstalt des Ministeriums des Innern (Mdl) für beide Geschlechter. In den 70er und 80er Jahren wurden hier zwischen 12 und 25 Frauen inhaftiert. Das waren zum Großteil kriminelle Frauen. Weibliche Häftlinge mit einem politischen Vergehen aus der Region Cottbus kamen meistens in die Untersuchungshaftanstalt des MfS Am Spreeufer, darunter mehrere Lehrerinnen.

Es ist allerdings falsch anzunehmen, daß in der Bautzener Straße ausschließlich kriminelle Frauen saßen. An mehreren Schicksalen kann belegt werden, dass auch hier Frauen festgehalten wurden, denen man primär politische Delikte wie versuchte Republikflucht vorhielt. Und umgekehrt wurde die Stasi-U-Haft im Stadtzentrum von Cottbus auch für krimi- nelle Personen genutzt, wenn die Tat gleichzeitig ein politisch relevantes Ereig- nis war und das MfS die Untersuchungen an sich gerissen hatte. Also gilt auch hier: Keine Regel ohne Ausnahme. Im Zuge der Zeitzeugenbefragungen zum Zucht- haus Cottbus wurden mehrere Frauen gefunden und befragt, die aus politischen



Foto: Janet Thomalsky

Im Dezember 2011 enthüllte Gino Kuhn(l.) nahe der abgerissenen U-Haft ein Mahn- mal für die Mauertoten. Neben ihm Dieter Dombrowski, Vorsitzender des Menschen- rechtszentrums Cottbus. Beide waren hier politisch inhaftiert.

Duschen begutachteten mich drei Wachteln, machten verächtliche Kommentare und stellten dann einfach das Wasser ab, als ich eingeseift war. Als weitere Schikane mussten wir stundenlang auf dem Flur stramm stehen. Wer die Beine einknickte, bekam Schläge. Um 5 Uhr war immer Wecken. Tagsüber durften wir uns nur auf die Hocker setzen aber nicht auf die zwei Doppelstockbetten legen. In der gesamten Zeit musste ich mit meiner Wäsche ohne jede Wechselmöglichkeit auskommen. Täglich gab es grundsätzlich nur sechs Binden. Wenn mehrere Frauen in der Zelle gleichzeitig ihre Tage hatten, reichte das überhaupt nicht. Beim Freigang wurde uns nur ein Gehen im Kreis mit den Händen auf dem Rücken erlaubt. Von oben wachte ein Aufseher mit Gewehr. Jedes Reden war uns untersagt. Jeder Kontakt zu anderen Mithäftlingen wurde unterbunden. Auch das Essen war dürrtig. Früh gab es immer nur Brot, Margarine und Marmelade sowie lauwarmen Tee aus braunen Plastikbechern, Mittag meistens Suppe und abends abwechselnd eine Scheibe Wurst oder Käse oder wie früh Marmelade und wieder Tee. Kaffee erhielten wir in der Bautzener Straße nie. Dafür aber im Stasi-Knast von Cottbus. Zum Glück wurde ich in Cottbus nicht krank.“

Gut erinnern kann sich Manuela Polaszczyk noch an zwei Aufseherinnen. „Tabata“ war besonders giftig. Sie besaß herbe russische Gesichtszüge. Die dicklebige „Arme und Beene“ trat oft herrschlich auf und fuchtelte dabei mit ihren Extremitäten. Andere Frauen berichten von

„Schweinebacke“ und „Blauäuglein“. Im Unterschied zum Personal der Cottbuser MfS-U-Haft Am Spreeufer wirkten die meisten Aufseherinnen in der Bautzener Straße grobschlächtig und trugen ihre Totschläger offen zur Schau. Ähnliches berichten auch die Männer von Cottbus.

Besonders tragisch: Der Vater von Manuela Polaszczyk saß vorher ebenfalls als Politischer in Cottbus. Er ließ sich aber von der Stasi kaufen und verriet später sogar die eigene Tochter. Das erfuhr sie allerdings erst nach dem Mauerfall aus ihren Akten. Ihre Verfolgung in der DDR, ihre Hafterlebnisse und das neue Leben im Westen hat Manuela Polaszczyk inzwischen in vier Büchern literarisch verarbeitet („DDR. Ein schwerer Weg“, „Sehnsucht. Erwachsen sein ist nicht leicht“, „DDR. Erwachsen werden ist schwer“, „Spuren der DDR-Vergangenheit“), ein weiteres Buch ist im Druck. Von Männern, die in Cottbus inhaftiert waren, gibt es über 100 Bücher. Mindestens zehn in Cottbus einsitzende Frauen haben ihr Schicksal ebenfalls in Büchern geschildert.

Für Cottbus ist ein Fall aus dem Jahre 1972 belegt, in dem man einer schwangeren Frau während der Haftunterbrechung gleich mit der Entbindung das Kind wegnahm und es zur Adoption freigab. Danach mußte die Frau wieder einrücken und ihre Strafe weiter absitzen. Mutter und Tochter sahen sich erst 2005 wieder. In einem anderen Fall steckte man 1982 einen Jungen (7) in ein Kinderheim und ließ die Eltern (Vater saß in Cottbus,



Foto: Tomas Kittan

Manuela Polaszczyk, 1984 in Cottbus inhaftiert, Buchautorin.

Mutter in Hoheneck) 1984 nur ohne ihr Kind ausreisen. Auch hier sahen sich Eltern und Sohn erst nach dem Mauerfall wieder. Bis heute haben beide Seiten ihre Probleme mit dieser Zwangstrennung. Die Folgen wirken nach: Es gibt Schuldgefühle bei den Eltern und Vorwürfe durch den Sohn. Das Eltern-Kind-Verhältnis ist noch immer angespannt.

(Für die Aufarbeitung der Cottbuser Zuchthausgeschichte suchen wir weitere Frauen, die in den Cottbuser Haftanstalten Am Spreeufer und in der Bautzener Straße inhaftiert waren oder Frauen aus Hoheneck, deren Männer in Cottbus saßen. Zeitzeuginnen melden sich bitte bei Dr. Tomas Kittan unter tomas.kittan@bz-berlin.de.)

Wir suchen:

Exponate für die „Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus“

In der neuen „Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus“ wird es eine Dauerausstellung über die politische Verfolgung 1918-1989 geben. Für alle Bereiche der Ausstellung werden noch Exponate jeglicher Art gesucht. Für alle Epochen, besonders aber aus DDR-Beständen suchen wir folgendes:

- Zeitschriften, Zeitungen, Plakate, Karikaturen
- Hausbücher, Brigadetagebücher
- Ausweise jeglicher Art (Mitglieds-, Dienst-, Personalausweise)
- Auszeichnungen, Urkunden, Orden, Abzeichen, Embleme, Beurteilungen, Kaderakten, Zeugnisse

- Fahnen, Wimpel, Transparente, Partei- und Massenorganisationsstatuten
- Bücher (marxistische Klassiker, DDR-Autoren, russische Autoren, Lehrgangsbücher, Gruppenbücher)
- Schulbücher, Klassenbücher, Wehrkundebücher, Schulutensilien, Kinderstempelkästen
- Uniformen und Uniformteile (junge Pioniere, FDJ, GST, Kampfgruppen, Zivilverteidigung, VP, NVA, Strafvollzug, Stasi), Stiefel, Aktenaschen
- Reisetaschen, Koffer
- Fotos, Postkarten, Super-8-Filme (Stadtansichten Cottbus, Strafvollzugseinrichtung Cottbus, 1.-Mai-Demonstrationen, Partei- und Massenorganisationsleben, Kulturveranstaltungen)
- Schilder (Partei- und Massenorg., ABV, DDR-Institutionen, Betriebe)
- Mobiliar (Lampen, Telefone, Stühle, Tische)

- elektrische Geräte (Ormig-Vervielfältigungsgerät, Radio, Tonbandgerät, Fernseher, Pentaconprodukte)
 - Schallplatten, Kassetten, Tonbänder
 - Körbe, Kannen, Schüsseln
 - Besteck, Geschirr, Hygieneartikel (Rasierzeug, Kamm, Bürste usw.) und andere passende Produkte
- Suchen Sie bitte im Keller oder auf dem Dachboden. Sie finden bestimmt etwas, was Sie nicht mehr benötigen, wir aber gut verwenden können. Sprechen Sie auch Verwandte und Bekannte an. Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf!

Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.,
Ralf Marten (Projektkoordinator),
Tel. (03 55) 483 83 33, E-Mail ralf.marten@menschenrechtszentrum-cottbus.de,
Bautzener Str. 139, 03050 Cottbus

Die Angst der Dienste

Das Schicksal von Stasi-Unterlagen in Westeuropa

(st)Eigentlich sollte es sie gar nicht mehr geben, die Karteien der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, bekannt unter dem Namen „Rosenholz“. Doch eine Kopie entging der Vernichtungsaktion der Stasi-Mitarbeiter beim Zusammenbruch der DDR und geriet, wie auch immer, der CIA in die Hände. Die Rosenholz-Dateien enthalten die Namen sogenannter Quellen des ostdeutschen Auslands-Geheimdienstes. Nach jahrelangen Bemühungen der Bundesregierung erhielt 2003 die Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Dateien aus den Vereinigten Staaten, allerdings nur mit Material über DDR-Spione in Westdeutschland. Unterlagen über andere Länder gingen jeweils an die dortigen Geheimdienste. Es liegt in der Natur solcher Institutionen, daß sie sich eher nicht als Archive für Forscher und Journalisten verstehen.

Ende September vergangenen Jahres verabschiedeten Wissenschaftler auf einer Historikertagung im schwedischen Visby auf der Insel Gotland einen Appell an die skandinavischen Regierungen, das Gotland-Manifest:

Bevor du einem Freund Geld borgst, überlege gut, was von beidem dir wichtiger ist.

John Purcel

In diese Zwickmühle gerät nicht, wer dem Freund ein Stacheldraht-Abo schenkt.

Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,-Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Die nachrichtendienstliche Arbeit der DDR-Staatssicherheit in den nordischen Ländern ist Geschichte. Sie ist aber Zeitgeschichte und ein wichtiger Teil der internationalen Politik. In den vergangenen zwanzig Jahren war sie aber überwiegend Gegenstand des investigativen Journalismus. Nur sehr langsam schreitet das Forschungsinteresse in der politischen und historischen Wissenschaft voran. Die Forschung über die nachrichtendienstliche Arbeit der DDR-Staatssicherheit muß aber fester Bestandteil unserer europäischen Geschichte sein. Das ist noch nicht der Fall. Eine Ursache besteht darin, daß alle entscheidenden Unterlagen der DDR-Staatssicherheit bis heute nicht für die Forschung zugänglich sind. Es handelt sich um die „Rosenholz“-Unterlagen über Bürger der nordischen Länder. Im Archiv der Stasi-Unterlagenbehörde in Berlin sind jene „Rosenholz“-Unterlagen, die Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden betreffen, nicht vorhanden. Die Originale liegen im Archiv der CIA in den USA.

Mit diesem Vorschlag nehmen wir einen Impuls auf, den der damals leitende Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes und heutige Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Ernst Uhrlau, im Februar 2000 den Botschaftern der nordischen Länder unterbreitet hat.

Wir, die hier unterzeichnenden Wissenschaftler, appellieren an die nordischen Regierungen, daß sie agieren, damit die „Rosenholz“-Unterlagen der Stasi-Unterlagenbehörde in Berlin, die Aufarbeitungs- und Datenschutzbehörde ist, zur Verfügung gestellt werden.

Nun ist die Zeit gekommen, noch deutlicher die Aufarbeitung der nachrichtendienstlichen Arbeit der DDR-Staatssicherheit in den nordischen Ländern in das Kühlbad seriöser Forschung zu stellen.

Visby, den 27. September 2011

Birgitta Almgren (Schweden), Thomas Wegener Friis (Dänemark), Kimmo Elo (Finnland), Helmut Müller-Enbergs (Deutschland) u.a.m.

Seither wird in den Parlamenten darüber diskutiert, in Norwegen gibt es Bereitschaft, Dänemark hat Zustimmung signalisiert. Auch in Schweden ist eine parlamentarische Mehrheit für die Öffnung der Stasi-Archive bei der schwedischen Sicherheitspolizei. Der Fall der schwedischen Historikerin Birgitta Almgren, Mitunterzeichnerin des Manifests, zeigt allerdings, daß die Öffnung nicht unumstritten ist. Almgren hatte sich 2010 vor Gericht die Einsicht in die Stasi-Unterlagen des schwedischen Geheimdienstes Säpo erstritten. Daß sie ihre Notizen vernichten mußte, keine Namen nennen durfte und auch nicht mit den ehemaligen Stasi-Spionen in Kontakt treten durfte, gehörte zu den ausgesprochen strengen Auflagen. Dennoch konnte sie die Forschungen in ihr Buch „Nicht nur Spione“, das im Herbst vergangenen Jahres auf Schwedisch erschienen ist, einfließen lassen. Bald nach Veröffentlichung sah sie sich der Androhung strafrechtlicher Konsequenzen ausgesetzt. Die Betroffenen sähen ihre Identität preisgegeben.

Helmut Müller-Enbergs, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stasi-Unterlagenbehörde BStU (s. auch S. 17) und Gastprofessor an der Hochschule Gotland, stieß auf Quellen, die belegen, daß sich Bundesregierung und nordische Länder kurz vor der Übergabe der Rosenholz-Dateien 2003 eigentlich schon geeinigt hatten, das gesamte Material der BStU zu Forschungszwecken zugänglich zu machen.

Der Sinneswandel nach Erhalt der brisanten Daten ist nun nicht wirklich ein Rätsel. Es liegt nahe, daß die DDR-Spionage tiefer vordrang als erwartet, und eine Offenlegung den einen oder anderen politischen Skandal verursacht hätte. Diese Vermutung wird von unlängst gesendeten Rechercheergebnissen des rbb-Politmagazins „Klartext“ gestützt. Entgegen der Behauptung der finnischen Regierung, sie habe keine DDR-Agenten im Land gehabt, räumte ein finnischer Staatsbürger, heute angesehener Professor in Helsinki, seine frühere Tätigkeit für die DDR-Staatssicherheit gegenüber dem Sender ein. ■

Ein mörderischer Ukas

Unzählige Bürger der SBZ/DDR, vom minderjährigen Schüler bis zum greisen Gelehrten, vom Teenager bis zur Professorin, landeten schuldlos in Gefängnissen – vom Roten Ochsen über das Gelbe Elend bis zu den Zwangsarbeitslagern auf deutschem, polnischem oder russischem Boden. Bis an das nördliche Eismeer, von Workuta bis Nishny Kolymsk. Und viele haben das nicht überlebt.

Doch keiner wußte – und die meisten wissen es heute noch nicht – welcher teuflische Befehl hinter den Verhaftungswellen steckte, obwohl dieser Befehl schon 1992 in einem russischen Archiv entdeckt und vom Unterzeichner veröffentlicht wurde.

Der stacheldraht-Artikel in Ausgabe 8/2011, S. 8, von Wilhelm K.H. Schmidt, in dem der Unterschied von Kriegsgefangenen und Zivilverurteilten am Beispiel einer Briefmarke erläutert wird, ist Grund genug, um einen nur wenig bekannten mörderischen Befehl hier in Erinnerung zu bringen.

„STRENG GEHEIM

Befehl des Ministers für Innere Angelegenheiten der Union der SSR Nr. 001196

Über die Zuführung von 27.500 Deutschen aus Deutschland, die sich in Gefängnissen und Speziallagern des MWD befinden, und über den Transport der gleichen Anzahl kranker und arbeitsunfähiger Kriegsgefangener und Internierter deutscher Nationalität nach Deutschland

26. Dezember 1946

In Übereinstimmung mit dem Beschluß des Ministerrats der Union der SSR, Nr. 2728-1224ss, vom 23. Dezember 1946

„Über den Abtransport aus Deutschland von in Gefängnissen und Lagern befindlichen Deutschen“

BEFEHLE ICH

1. Der Stellvertreter des Ministers für Innere Angelegenheiten der UdSSR, Genosse General SEROW:
 - a) hat aus den in den Speziallagern und Gefängnissen des MWD in Deutschland befindlichen, physisch gesunden männlichen Deutschen eine Anzahl von 27.500 auszuwählen, die zu schwerer Arbeit in den Betrieben des Ministeriums für Kohleindustrie der östlichen Gebiete und des Ministeriums für den Bau von Brennstoffbetrieben der UdSSR geeignet sind und sie in zweimonatigen Abständen in die UdSSR zu senden, entsprechend dem Zuteilungsplan des MWD der UdSSR.
 - b) hat die aus der UdSSR zu transportierenden Kriegsgefangenen und Internierten, die auf Grund kompromittierenden Materials der Isolation unterliegen, in den Gefängnissen und Speziallagern des MWD auf dem Territorium Deutschlands aufzunehmen und unterzubringen.
2. Für die Auswahl der Internierten, die Organisation ihres Abtransports aus Deutschland nach Rußland, sowie für die Aufnahme der aus der UdSSR eintreffenden Kontingente, die entlassen oder zwecks Isolation in die Gefängnisse und Speziallager des MWD auf dem Territorium Deutschlands überstellt werden sollen, ist eine Kommission des MWD der UdSSR in folgender Zusammensetzung zu entsenden: Oberst JAKOWETZ (Vorsitzender), Major des med. Dienstes KRUPANKOW, GUPWI des MWD der UdSSR,
3. Die Kommission von Oberst JAKOWETZ ist verpflichtet,
 - a) zu gewährleisten, daß ein ausschließlich arbeitsfähiges Kontingent, geeignet für Kohleförderung untertage, ausgewählt und in die UdSSR geschickt wird. [Es folgen Anweisungen über Waggonauslastung, Verpflegung usw.]
 - b) In die Zahl der zu Entsendenden sind kranke und arbeitsunfähige Kriegsgefangene und Internierte, die auf Grund kompromittierenden Materials der Isolation unterliegen, zwecks Einbehaltung in den Gefängnissen und Speziallagern des MWD in Deutschland einzubeziehen.“

[Es folgen bis Punkt 13 weitere Spezifikationen für Personen und Gerät, Sicherung, Bewachung usw.]

Hein Mayer
(Sprecher der Stalingrader Spätheimkehrer, Heimkehr 1955/56)

Oberstleutnant SUBARJEW, GWUS des MWD der UdSSR, Hauptmann KORNEJEW und Leutnant KOPERIN, Abteilung Eisenbahn und Wassertransport der UdSSR. Die Aufnahme und Überweisung hat über das Lager Nr. 69 des MWD in Frankfurt an der Oder zu erfolgen.

Flucht aus Nord-Korea

Im abgelaufenen Jahr ist es 2737 Nord-Koreanern bei ihrer Flucht gelungen, sich nach Süd-Korea durchzuschlagen. Im Vergleich zu 2010 sind dies 15 Prozent mehr. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Geflohenen seit dem Waffenstillstand von 1953 auf nunmehr 23 157. Wie viele Fliehende bei dem Versuch, ihr kommunistisches „Paradies“ heimlich zu verlassen, verhaftet oder erschossen wurden, ist nur schwer abzuschätzen; die Zahl dürfte aber beträchtlich sein.

Anfang Februar erließ der neue Diktator in Pjöngjang, Kim Jong-un, eine Amnestie. Sie ist die erste seit sechs Jahren. Einzelheiten über die Anzahl der bevorstehenden Entlassungen und besonders, welche Art von angeblich oder tatsächlich begangenen Verbrechen sie betrifft – kriminelle oder auch politische –, wurden nicht bekannt. Aufschlußreich wird sein, ob die ebenfalls in Arbeitslagern eingesperrten 50 000 bis 70 000 Christen dazu gehören.

Die Zahl der politischen Häftlinge in der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ wird durchweg auf 200 000 geschätzt. Sorgfältige Recherchen ergaben, daß während der letzten 30 Jahre dort über 400 000 verstorben sind.

Friedrich-Wilhelm Schломann

Im Sog der Geschichte

Rede des ehemaligen Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns,
Dr. Berndt Seite, am 1.7.2011 in Malchow am Gedenkstein vor der Villa Blank

Jedes Jahr treffen sich in Malchow/ Mecklenburg-Vorpommern überlebende Haftkameraden, Freunde und Angehörige, um der jugendlichen Opfer der sogenannten Malchower Werwolf-Tragödie zu gedenken. 2011 hielt Dr. Berndt Seite die Gedenkrede vor der ehemaligen NKWD-Kommandantur.

Täter, die Mitläufer, die Dulder in allen Diktaturen erinnert werden, daß sie einem menschenverachtenden System gedient haben. Immer lag Deutschland danach in einem ökonomischen und mentalen Trümmerfeld.

Mir fällt es immer schwerer mich zu erinnern, was hier vor 66 Jahren geschah. Drei Generationen sind seitdem auf der Welt, gehen eigene Lebenswege, haben andere Erinnerungen. Wer kann sich von uns Nachgeborenen vorstellen, eingesperrt zu sein in einem dunklen Keller, kalt, dunkel, hoffnungslos? Menschen ausgeliefert sein, deren Sprache man nicht versteht, gequält und geschlagen, wie ein Nichts behandelt zu werden? Wieviel Hoffnungslosigkeit kann ein Mensch ertragen? Wer hört seine Rufe, seine Gebete zu Gott? Wo bist Du? Und wieviel Überwindung muß es kosten, sein junges Leben in so einer Situation zu beenden?

Vierundvierzig Jahre lag das verordnete Vergessen über der Stadt Malchow, über Finken, Käselin, Penzlin, Jabel, Lebbin, Baumgarten, Zepkow, Waren, Nossentiner Hütte, um nur die Namen im heutigen Müritzkreis zu nennen. Mindestens 90 Jugendliche wurden verhaftet, getötet, nahmen sich das Leben oder wurden zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Sie, die Sie sich hier versammelt haben, kennen die Vorgänge. Werwölfe sollen Sie gewesen sein, um noch nach dem Waffenstillstand gegen die Rote Armee zu kämpfen. Wie haltlos die Anschuldigungen waren, schreibt selbst die Kreisleitung der SED 1946 an ihre vorgesetzte Dienststelle.

Nie ging es nach dem Ende des Krieges 1945 um den einzelnen Jugendlichen.

Der einzelne hat in einer Diktatur, in jeder Diktatur, auch in den heutigen Diktaturen mit ihren Spielarten, kein Gesicht. Der einzelne gehört zur Verfügungsmasse – „denn er ist wenig, das Kollektiv ist alles“ war die Staatsdoktrin in 40 Jahren SED-Herrschaft. Oder „Du bist nichts, dein Volk ist alles“, wie die Nationalsozialisten postulierten.

Den Russen ging es damals strategisch um etwas ganz anderes. Stalin mit seinem Volk in Geiselschaft hatte den anderen, den Diktator Hitler, der das deutsche

Volk in den Untergang geführt hatte, erledigt, und wollte nun um jeden Preis sein Faustpfand Deutschland und die anderen osteuropäischen Länder für die Neuordnung Europas mit allen Mitteln behalten. Dazu dienten Angst und Terror, und in diesen Sog der Geschichte gerieten auch die Jugendlichen in Malchow. Sie waren ein wichtiger Teil in der Auseinandersetzung, und alle, die diesen Schrecken überlebten, sind bleibend traumatisiert. So manches Leben wäre anders verlaufen, so viele fürchterliche Träume wären nicht geträumt worden und manche Liebe wäre nicht so belastet gewesen.

Opfer haben in den Gesellschaften wenig Fürsprecher. Meistens geht es um die Täter, um die Verirrten und Verblendeten, ihnen gilt die meiste Aufmerksamkeit, um sie wieder auf einen neuen Weg in einer anderen Gesellschaft zu führen.

Meine Damen und Herren, das ist kein schöner Tag für mich, aber es ist notwendig, daß wir ihn begehen, weil er mit der Geschichte unseres Volkes zusammenhängt, einem Volk, dem nach 1945 jeglicher Stolz auf das Vaterland abhanden gekommen ist. Selbst in der größten Freude, als wir die Wiedervereinigung erreichten, skandierten viele offen oder hinter zugezogenen Gardinen, „nie wieder Deutschland“, und andere sprachen davon, daß nach Auschwitz die Deutschen ihre Legitimation als ein Volk verloren hätten. Ich mag Diktaturen nicht, auf Diktaturen kann man auch nicht stolz sein, weil sie immer mit Mord zu tun haben. Die Nationalsozialisten praktizierten den Rassenmord und fanden in ihren Nachfolgern gelehrige Schüler, und die Bolschewisten begannen ihren Aufstieg mit dem Klassenmord.

Bis heute streiten Historiker im sogenannten Historikerstreit erbittert, ob der Bolschewismus in der Geschichte Europas den Auftakt für alle späteren Verbrechen brachte oder der Nationalsozialismus mit seinen Verbrechen singulär in der Geschichte steht.

Immer geht es um unvorstellbare Mengen von Toten, Ermordeten, Verschleppten, Vergewaltigten, von Menschen als Verfügungsmasse der Geschichte, so wie die, derer wir heute gedenken.

Foto: Detlef Putzar



Berndt Seite am Gedenkstein mit der neu aufgestellten Informationstafel.

In unserem Leben sind wir immer von Erinnerungen umstellt. Manchmal so fest wie tief eingerammte Palisaden, dann wieder von einem grauen, bleiernen Nebel bedeckt, der uns schier erdrücken will. Von Erinnerungen können wir uns nicht trennen, denn sie stellen die Quintessenz eines Lebens dar. Sie dienen auch dazu, uns ein Stück auf dem zivilisatorischen Weg voranzubringen. Daher muß man denen energisch widersprechen, die uns einreden wollen, nachdem sie 40 Jahre eine Diktatur errichtet haben, sie schauten nur noch nach vorn. Nie wollen die

Der Kommunismus war ein auf Millionen von Toten errichtetes Freiluftgefängnis und der Himmel darüber mit Marxschen Parolen vergiftet. Der Nationalsozialismus agierte ähnlich, mit Hekatomben von Toten, einem bestialisch menschenverachtenden Gulag, verziert mit den Theorien von Alfred Rosenberg.

Bis zum heutigen Tag wird dem Sozialismus unter den Diktaturen ein besonderer Platz eingeräumt. Ein besonderes Zeichen der Verwirrung ist der Gemeinplatz. Der Sozialismus mag in der Idee gut gedacht gewesen sein, in der Praxis mußte er scheitern. Doch darin liegt selbst ein Fehler: Ein Gedanke, der die Realität nicht erfaßt, ist auch als Gedanke nicht zu retten.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten existiert die Grenze nicht mehr, die unser Land teilte, Kontakte unterband, immer ein Stück Kriegs Atmosphäre in das nach Frieden dürstende Deutschland brachte. Heute leben unter uns junge Deutsche, die jene Zeit nur aus Berichten kennen und sich kaum vorzustellen vermögen, wie es damals war, geschweige, wie es dazu kam.

Es ist aber notwendig, Bescheid zu wissen über die Wurzeln, aus denen man wuchs. Schon deshalb, weil man eines Tages vor einer Wahlurne steht und möglichst kluge Entscheidungen treffen sollte.

Ohne eine Erinnerung ist eine zivilisatorische Entscheidung nicht möglich. Es geht immer darum, den Kordon von Schuld und Schuldeingeständnis zu durchbrechen. Jean Paul sagt, man drückt lieber die Augen zu, als daß man die Finsternis sehe.

In der Malchower Stadtverwaltung agieren kluge Köpfe, die die Stadt nach dem Mauerfall ökonomisch gut voran gebracht haben. Aber das revolutionäre Feuer von 1989 scheint in den Mitgliedern der Stadtverwaltung schon lange erloschen zu sein. Wie kann es sein, daß Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, die Wegbereiter der kommunistischen Weltrevolution, noch immer von den Straßenschildern, von den Stadtplänen und den Adressen vieler Briefe grüßen?

Keine 300 Meter entfernt von hier kündigt das renovierte Denkmal vom unsterblichen Ruhm der Sowjetarmee, die in Malchow nun wirklich keine Heldentaten

vollbracht hat. Muß das sein, daß so unterschiedlich in der Stadt gewichtet wird? In manchen Bereichen ist die Revolution steckengeblieben, und auch der Landtag in Schwerin fand nicht immer die Kraft, sie zu vollenden.

Ich bin dankbar, daß es diese kleine Stele für die Opfer des Terrors von 1945 gibt, obwohl der angebrachte Text schwierig zu lesen ist und es kaum Hinweise in der Stadt gibt, daß dieses Denkmal existiert.

nur die Opfer aus der Dunkelheit befreit, sondern hat auch für die Stadt ein Zeichen gesetzt. Das ist viel für unsere Zeit, wenn man weiß, wie der Zeitgeist weht. Wir dürfen es dabei nicht belassen, sondern müssen zu einer Erinnerungskultur finden, abgewogen und befreiend.

Erinnerung muß Ausrufezeichen setzen, damit wir nie wieder in die Sümpfe der Diktaturen gezogen werden können. Wir sollten auch wieder lernen, wie wichtig

*„Ein Gedanke,
der die Realität
nicht erfaßt,
ist auch als
Gedanke nicht
zu retten.“*

Opfer haben in Deutschland keine Lobby. Es betrübt mich schon, daß viele Nachgeborene eine Haltung gegenüber denen einnehmen, die in der Nazizeit gelebt haben, ohne die Zeit der kommunistischen Diktatur zu reflektieren.

Das ist mit Vorsatz so gewollt, besonders von vielen Menschen in den neuen Bundesländern, um von ihrem eigenen Versagen in der kommunistischen Diktatur abzulenken. Das darf nicht sein! Schuld ist nicht teilbar. Diktaturen wirken noch lange nach dem Sturz. Sie sind so tief in das Innere der Menschen vorgedrungen, daß der einzelne sie kaum wahrnimmt. Nur wer sich eine kritische Distanz erarbeitet, kann sich davon befreien. Viele jedoch erreichen so eine Distanz nie.

Um so mehr ist es zu begrüßen, daß eine kleine Gruppe von Schülern in einem Projekt auf das Vergangene von 1945 aufmerksam gemacht hat. Sie hat nicht

PAIDELA, Bildung, Erziehung für das Gemeinwesen und eine Erinnerungskultur ist. Wenn nur Selbstüberdruß bleibt, Zynismus gegenüber Vergangenheit, Kunst- und Geistesgeschichte und nicht Reflexion und geklärtes Selbstbewußtsein, dann ist wenig auszurichten.

Daß wir uns heute hier versammelt haben, ist ein gutes Zeichen. Die kleinen Schritte bringen uns mehr vorwärts als die großen, denn die verstopft man oft...

(2012 findet das Malchower Treffen am 5. und 6. Juli statt.)

Stasi-Museum in Berlin wieder am authentischen Ort

Haus 1 in der Normannenstraße wurde umfassend saniert

(st)Nach der denkmalgerechten Sanierung des Hauptsitzes des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit wurde das Haus am 14. Januar als Stasi-Museum und Sitz von Opferverbänden, Aufarbeitungsinitiativen sowie Beratungsstellen der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht.

medämmung, Brandschutz und einem undichten Dach.

Die Sanierung von Haus 1 mit 11 Millionen Euro ist Bestandteil der von Kulturstaatsminister Bernd Neumann vorgelegten Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Bei der Wiedereröffnung sagte



Alles wieder am Platz: Privater Ruheraum des Stasi-Chefs.

Mielkes Schreibtisch mit original Telefonanlage.

Fotos: N. Radlitz



Der Trägerverein ASTAK und die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen werden im Museum in der zweiten Jahreshälfte 2013 eine neue Dauerausstellung eröffnen. Bis dahin ist eine gemeinsam erarbeitete Interims-Ausstellung zu sehen. Auch die sogenannte Mielke-Etage mit den Räumen des ehemaligen Ministers, ist bereits wieder im Original zu besichtigen.

Haus 1 wurde 1961 erbaut und war zentraler Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit bis 1989. Es ist als Baudenkmal registriert und wurde deshalb nach den Vorgaben des Denkmalschutzes saniert. Die baulichen Mängel erstreckten sich von den elektrischen Anlagen, über Heizungs- und Wassersysteme bis zu Wär-

der Minister, mit dieser Maßnahme „wird der Wille der Bundesregierung deutlich, auf Dauer über die unmenschliche SED-Diktatur aufzuklären und dem Vergessen und der Verharmlosung entgegenzuwirken. Mit Abschluß der Sanierung können nun auch die Vereine und Verbände aus dem Bereich der Bürgerrechtsbewegung sowie der Opferverbände nach Haus 1 zurückkehren, die diesem Gebäude seinen unverwechselbaren Charakter als Zentrum der Aufarbeitung der SED-Diktatur verleihen. Das wollen wir, um der Bedeutung der Bürgerrechtsinitiativen und Opferverbände für die friedliche Revolution angemessen Rechnung zu tragen.“

Herzlichen Glückwunsch!

(ng)Am 10. Januar 2012 hat der Berliner Kulturstaatssekretär André Schmitz im Auftrag des Bundespräsidenten an Ursula Popiolek das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Der Festakt fand in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus statt, deren Gründerin und langjährige Leiterin Ursula Popiolek ist.

„Mit dieser Ehrung würdigt der Bundespräsident die Arbeit von Frau Popiolek für die Gedenkbibliothek und das Engagement all ihrer Mitstreiter. Die Auszeichnung soll ermutigen, weiterhin Partei zu ergreifen, an die Opfer von Diktatur und Unfreiheit zu erinnern, die Begegnung von Zeitzeugen mit jungen Menschen zu fördern und so für die Demokratie und Meinungsvielfalt zu werben“, sagte der Staatssekretär.

In die Bibliothek waren auch viele Freunde und Weggefährten gekommen. Nach dem Festakt dankten sie mit ganz persönlichen Grußworten und Laudationes Ursula Popiolek für ihre herausragenden Leistungen. Der Dichter und Schriftsteller Ulrich Schacht, der in Schweden lebt und nicht nach Berlin kommen konnte, hatte ihr geschrieben, daß er sich der Bibliothek als „Wissens-Ort“ und „Rüstkammer der Freiheit“ von Anfang an verbunden fühlte. Siegmund Faust und Jochen Stern hoben das außergewöhnliche Organisationstalent und Durchhaltevermögen Ursula Popioleks hervor. Ohne diese Eigenschaften hätte sie die Gedenkbibliothek nicht zu jener Institution der politischen Bildung entwickeln können, die sie heute ist. Aber auch die menschliche Verbindung mit der Geehrten wurde vielfach angesprochen. Die sichtbar ergriffene Ursula Popiolek betonte, daß sie die Auszeichnung stellvertretend für alle Opfer und Widerständler angenommen habe.

Da lacht der Klassenfeind

„Durch offensichtlich geschau-spielerte Schwierigkeiten beim Aussprechen russischer Namen brachte er die 56 zum Lachen.“

IM-Bericht über katholischen Gottesdienst in Hoheneck (Pfarrer, 56 Häftlinge, Aufseher), XIV 2362/83

40. Jahreshauptversammlung der IGFM vom 13. bis 15. April 2012 im ehemaligen Zuchthaus Cottbus

IGFM - Bürgerrechtler für Freiheit und Menschenrechte

Die 40. Jahreshauptversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) steht unter dem Motto „Vierzig Jahre Internationale Gesellschaft für Menschenrechte – Bürgerrechtler für Freiheit und Menschenrechte“. Sie findet im größten ehemaligen politischen Gefängnis der DDR, der heutigen „Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus“, deren Träger der Verein Menschenrechtszentrum Cottbus (MRZ) ist, statt. Das Zuchthaus wurde vom MRZ im Mai 2011 erworben. An diesem Ort des Unrechts entsteht eine Gedenk-, Bildungs- und Begegnungsstätte. Vorsitzender des Vereins ist Dieter Dombrowski, der sich seit vier Jahrzehnten in der IGFM engagiert und selbst als politischer Gefangener in Cottbus eingeschlossen hat.

Im Rahmen der IGFM-Tagung wird es neben Festvorträgen, Zeugenberichten und

Diskussionen auch wieder thematisch gesonderte Arbeitskreise geben. In diesen Foren „Aufarbeitung der SED-Verbrechen“, „Ein-Parteien-Diktaturen“, „Religionsfreiheit“ sowie „Meinungsfreiheit – Pressefreiheit – Informationsfreiheit – Gewissensfreiheit“ kommen Bürgerrechtler, Menschenrechtsaktivisten und Betroffene zu Wort. Insbesondere dem Rückblick auf die IGFM-Geschichte und ihre Arbeit in der DDR wird ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Ehemalige politische Gefangene des Zuchthauses Cottbus werden interessierte Gäste durch „ihre“ Zellen führen und an ihren Erinnerungen und Erfahrungen teilhaben lassen.

Mit der Jahreshauptversammlung der IGFM tritt das „Menschenrechtszentrum“ zum ersten Mal nach der Sanierung und Renovierung des Zuchthauses mit einer Großveranstaltung in die Öffentlichkeit.

Die IGFM hat diesen Veranstaltungsort gewählt, weil sie Hunderte politischer Gefangener, die allein in diesem Gefängnis inhaftiert waren, bis zu ihrem Freikauf oder ihrer Ausreise betreut hat.

Ähnliche Gefängnisse existieren leider noch heute in vielen Staaten, und noch immer sind Tausende Menschen unschuldig darin inhaftiert. Für diese Menschen – zum Beispiel in Kuba, Nordkorea, China und dem Iran - engagiert sich heute die IGFM. In Cottbus werden daher zahlreiche internationale Gäste aus der weltweiten Menschenrechtsbewegung erwartet. Es lohnt sich, in Cottbus dabei zu sein!

Kontakt und Anmeldung: IGFM, Tel. (069) 420 108 – 20, georg.scherf@igfm.de, Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Tel. (03 55) 483 83 33, sylvia.waehling@menschenrechtszentrum-cottbus.de ■

Neuer Verein für Lern- und Gedenkort Kaßberg

Am 18. November 2011 hat sich in Chemnitz der Verein „Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.“ konstituiert. Die anwesenden Gründungsmitglieder wählten zum Vorsitzenden Dr. Clemens Heitmann (Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde BStU Chemnitz), sowie als stellvertretende Vorsitzende Frank Heinrich MdB, Hanka Kliese MdL und Ronald Langhoff (Schulleiter Karl-Schmidt-Rottluff-Gymnasium). Als Schatzmeister wurde Raimund Köhnen gewählt.

Der Verein setzt sich zum Ziel, am Ort der ehemaligen Haftanstalt der DDR-Staatsicherheit in Karl-Marx-Stadt einen Ort lebendigen Erinnerns einzurichten. Dazu soll auf dem Gelände des ehemaligen Gefängnisses ein Lern- und Gedenkort eingerichtet werden. Der Verein will an das dort erlittene Leid erinnern, eine wissenschaftlich fundierte Ausstellung dazu gestalten und öffentlich zugänglich machen sowie den von Unterdrückung und Haft Betroffenen ein Forum bieten. Dabei sollen die Geschichte des Nationalsozialismus, die Zeit der sowjetischen Besatzung sowie der DDR-Geschichte grundsätzlich gleichrangig behandelt werden.

Das große regionale Interesse an dem Thema hat bereits am 24. November

2011 der sächsische Landtag aufgegriffen und mit den Stimmen der Abgeordneten von CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die Einrichtung einer Gedenkstätte am authentischen Ort beschlossen. Während der Landtagsdebatte dazu wurde der Verein „Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.“ für dieses Vorhaben als wichtiger Partner bezeichnet.

In den kommenden Wochen wird der Verein mit den Verantwortlichen u.a. der Stadt Chemnitz, des Freistaates Sachsen und des Bundes Möglichkeiten prüfen, auf dem Gelände des ehemaligen Gefängnisses einen Lern- und Gedenkort einzurichten und zu betreiben.

Das Chemnitzer Kaßberg-Gefängnis diente zur Zeit des nationalsozialistischen Terrors sowie während der sowjetischen Besatzungszeit und in der SED-Diktatur als Ort der Unterdrückung und Entrechtung. Über Chemnitz und Umgebung hinaus wurde dieses Gefängnis im Zusammenhang mit dem Freikauf von etwa 33 000 Gefangenen des SED-Staates durch die Bundesrepublik Deutschland bekannt.

Der Verein „Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.“ sucht für seine

Arbeit Betroffene, die dort eingesperrt waren. Zeitzeugen können für die Homepage ein Biogramm mit Fotos oder Dokumenten einstellen. Ein Musterbiogramm befindet sich auf der unten angegebenen Internet-Seite unter „Zeitzeugen“.

Kontakt: Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V., Am Rathaus 4, 09111 Chemnitz, E-Mail vorstand@gedenkort-kassberg.de, Internet www.gedenkort-kassberg.de

Clemens Heitmann

IG Internierungslager Ketschendorf

Die Gedenkveranstaltung Internierungslager Ketschendorf findet in diesem Jahr am **Sonnabend, dem 28. April**, statt.

Beginn: 11.00 Uhr mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Martin-Luther-Kirche in Fürstenwalde-Süd; im Anschluß Gedenken in der Gedenkstätte in der Reifenwerksiedlung.

Am Vortag (27. April), wahrscheinlich um 13.30 Uhr, Gedenken auf dem Waldfriedhof Halbe. (Eine genauere Planung wird noch vorgenommen.)

Eckhard Fichtmüller

IEDF

Kolloquium der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge und der UOKG Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ – eine Minderheit per Wiedervereinigung

Donnerstag, 22. März 2012, Versammlungsraum der Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin-Mitte

DDR-Flüchtlinge hatten in der Zeit des Kalten Krieges eine wichtige Funktion. Sie waren der lebendige Beweis dafür, daß die DDR ein Unrechtsstaat war.

In der (west)deutschen Bundesrepublik waren sie willkommen, aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen. Den Machthabern in der DDR waren sie ein Dorn im Auge. Mit ihrer Erklärung, die DDR dauerhaft verlassen zu wollen, wurden sie Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Die Wiedervereinigung hat ihre politische und soziale Situation total verändert. Anlässlich des Beitritts der DDR wurden die Ergebnisse ihrer einstigen Eingliederung auf kaltem Wege rückgängig gemacht.

Die per Einheit vollzogene Rückführung in den Status eines DDR-Bürgers konfrontiert sie mit den Folgen ihres Verhaltenskodexes, nach dem sie ihr widerständiges Leben einst in der DDR geführt hatten.

Bautzen

Gedenkandacht zum Jahrestag des Gefangenenaufstandes

Vor 62 Jahren flammte im damaligen sowjetischen Speziallager Bautzen der größte Häftlingsaufstand der DDR auf. Auf engstem Raum waren in dem als „Gelbes Elend“ verschrienen Gefängnis über 6000 Gefangene untergebracht und von der Außenwelt isoliert. Durch Hunger, Kälte und Krankheiten starben dort zwischen 1945 und 1950 über 2700 Häftlinge. In der Hoffnung auf bessere Haftbedingungen traten die Gefangenen am 13. März 1950 in einen Hungerstreik, der nach uneingelösten Zusagen der Gefängnisleitung in einem Aufstand endete. Am 31. März 1950 prügelte die Volkspolizei der DDR den Aufstand mit brutaler Gewalt nieder, zahlreiche Häftlinge wurden schwer verletzt.

Gemeinsam mit dem Bautzen-Komitee e.V., der Evangelisch-Lutherischen Kirch-

Programm

10.30 Uhr – Begrüßung durch den Vorsitzenden der IEDF, Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß

10.35 Uhr – „Verlassen der DDR (Flucht, Ausreise, Freikauf, Ausweisung)“, Berichte von Mitgliedern der IEDF

11.00 Uhr – „Ankunft in der Bundesrepublik, Notaufnahmeverfahren, individuelle Eingliederung“, Lothar Gebauer, IEDF

11.30 Uhr – „Eingliederung in die Bundesrepublik/Berlin (West) – eine Erfolgsgeschichte, Prof.Dr. Klaus Schroeder, FU Berlin

12.00 – 13.00 Uhr Mittagspause

13.00 Uhr – „DDR-Flüchtlinge als diskriminierte Minderheit in Ost und West“, Helfried Dietrich, IEDF

13.30 Uhr – „Die Einbeziehung der DDR-Flüchtlinge in die Rentenversicherung im Lichte des Grundgesetzes“, Prof. Dr.Dr. Detlef Merten, Dt. Hochschule f. Verwaltungswissenschaften Speyer

14.00 Uhr – „Berufliche Rehabilitation – ohne FZR keine Verbesserungen“, Kurz-

vortrag v. Florian Kresse, Jurist d. UOKG

14.15 Uhr – „Die Einbeziehung der DDR-Übersiedler in den Prozeß der Überleitung – eine rechtliche Würdigung“, N.N. (CDU/CSU-Bundestagsfraktion angefragt)

14.45 Uhr – Podiumsdiskussion mit Ottmar Schreiner MdB (SPD), Dr. W. Strengmann-Kuhn MdB (B90/Grüne), Jutta Fleck (Landeszentrale f. pol. Bildung Hessen), Angelika Barbe (Landeszentrale f. pol. Bildung Sachsen)

15.45 Uhr Pause

16.00 Uhr – Presseerklärung: Geglückte Eingliederung, diskriminierende Wiederausgliederung. Lösungskonzepte – die Politik ist zum Handeln aufgefordert, IEDF-Vorstand

16.30 Uhr – Zwanglose Abschlusßdiskussion

Anmeldung umgehend an IEDF e.V. c/o V. Hilgert, Lange Weihe 61 G, 30880 Laatzen oder per E-Mail Kolloquium@iedf.de

gemeinde St. Petri Bautzen sowie der Stadt Bautzen erinnert die Gedenkstätte Bautzen in einer Gedenkveranstaltung im St. Petri Dom an dieses historische Datum: **Sonnabend, 31. März 2012**, 16.00 Uhr, Dom St. Petri zu Bautzen.

Sven Riesel

Rente für DDR-Flüchtlinge

Am 26. Januar 2012 fand in den Abendstunden die abschließende Plenardebatte zu den Renten der deutsch-deutschen Flüchtlingsgeneration statt. Anlaß dieser im Bundestag geführten Debatte waren die Anträge von SPD (Drucksache 17/5516) und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 17/6108) und die zu den Anträgen erfolgte Beschlusßempfehlung der Regierungskoalition (Drucksache 17/6390).

Als Besuchergruppe haben Hohenecker Frauen sowie Vertreter der UOKG und IEDF teilgenommen. Das Video zur Debat-

te kann online über das Parlamentsfernsehen angeschaut werden; das Protokoll ist auf den Bundestagsseiten abrufbar. (Bericht folgt in Ausgabe 2/2012)

IG Lager Mühlberg

(iglm)Vom **23. bis 26. April 2012** findet das „Pelzmützentreffen“ in Brotterode statt. Die Teilnahme ist auch für andere ehemalige Inhaftierte oder Angehörige offen. Anmeldung bei: Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V., Schulplatz 2, 04931 Mühlberg/Elbe, Tel. (03 53 42) 874 87, Fax (03 53 42) 874 88, E-Mail Lagermuehlberg@T-Online.de

AG Fünfeichen

(ri)Die Jahresgedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen mit Wahl findet in diesem Jahr am **Sonntag, dem 29. April**, in der Hochschule Neubrandenburg und in der Gedenkstätte Fünfeichen statt.

Suchanzeigen

Militärgefängnis NVA

Von 1982 an bis zur Schließung im Jahre 1990 existierte die Disziplinareinheit 2 innerhalb des Militärgefängnisses der NVA. Anfang dieses Jahres hat sich eine Projektgruppe gebildet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Geschichte dieser Disziplinareinheit aufzuarbeiten. Geplant sind Bücher, Ausstellungen und Veranstaltungen. Für deren Vorbereitung werden noch Zeitzeugen gesucht. Menschen, die eingesperrt waren, und Menschen, die dort arbeiteten. Entweder in der Versorgung oder als Wachpersonal. Alle Zeitzeugenaussagen werden auf Wunsch anonymisiert aufgenommen und behandelt.

Kontakt zur Projektgruppe: Stadtmuseum Schwedt/Oder, Judenstraße 17, 16303 Schwedt/Oder, Tel. (033 32) 234 60, E-Mail museum.stadt@schwedt.de; Stellv. Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Dr. Marianne Subklew, E-Mail marianne.subklew-jeutner@lakd.brandenburg.de; BStU, Mitarbeiter Arno Polzin, E-Mail Arno.Polzin@bstu.bund.de; Paul Brauhnert, E-Mail baustus@gmx.de

Haftkameraden aus Bautzen und Bützow

Ich suche **Detlef Riege**, mit dem ich in Bautzen einsaß. Ich war dort von 1981 bis 1983 inhaftiert und arbeitete mit Detlef Riege im Kommando „Frösi“. Vor der Haft wohnte er in Ost-Berlin, er müßte heute ca. 50 Jahre alt sein. Seine Mutter saß in Hoheneck (unklar, ob sie denselben Nachnamen hatte), und er fuhr mit dem „Grotewohl-Expreß“ zu ihr zum Sprecher. Vielleicht erinnern sich Frauen aus Hoheneck an die Mutter.

Ich suche auch **Andreas Klein** aus meiner Bautzener Haftzeit, und **Hartmut Heibel**, mit dem ich 1973 bis 1976 in Bützow war.

Hinweise bitte an Hans-Joachim Meißner, Hohe Düne 3, 18225 Kühlungsborn, Tel.

(03 82 93) 44 80 10, Mobil (01 76) 96 14 03 64, E-Mail scheer.kuehlungsborn@freenet.de

Gesucht wird

Peter Dorn, geboren zwischen 1948 und 1950, ca. 1970 wohnhaft in Halle, politischer Häftling in Waldheim 1971/72

von Michael Wühle und Jürgen Heß, Stindestr. 33 A, 12167 Berlin, Tel. (030) 795 64 35.

Politisch motivierter Kindesentzug in der DDR – Zeit- zeugen gesucht!

Für mein Promotionsvorhaben im Fachbereich Geschichte an der Freien Universität Berlin suche ich Zeitzeugen (Eltern, Kinder, Angehörige, Amtsträger), die in der DDR mit politisch motiviertem Kindesentzug konfrontiert waren.

Das betrifft:

- Eltern, denen das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen wurde/werden sollte,
- Kinder, die in Heime eingewiesen oder zu Pflegefamilien vermittelt wurden/werden sollten,
- Kinder, die (zwangs-)adoptiert wurden/werden sollten, und wenn der (geplante) Kindesentzug im Zusammenhang stand mit:
 - Haftzeiten der Eltern
 - der Ausreise oder dem Freikauf der Eltern ins Ausland
 - der Minderjährigkeit der Eltern
 - der Einstufung der Eltern als sogenannte Asoziale

In meiner Doktorarbeit will ich die Zusammenhänge von Kindeswegnahme und politischer Unangepaßtheit der Eltern in der DDR untersuchen.

Biographische Fallbeispiele in denen ein drohender Kindesentzug abgewehrt werden konnte, sind ebenso aussagekräftig, wie Fälle, in denen die staatliche Macht in der Kindeswegnahme gipfelte.

Politisch motivierter Kindesentzug ist ein hoch sensibler Bereich. Die Betroffenen und ihre Familien wurden Opfer einer menschenverachtenden, staatlich gewollten Praxis. Und sie sind Zeitzeugen, die helfen können, dieses Unrecht aufzudecken und sichtbar zu machen. Mir ist bewußt, daß es ein großer Vertrauensvorschuß Ihrerseits ist, mir Ihre Dokumente zur Verfügung zu stellen bzw. mir zu erlauben, nach Ihren biographischen Fallbeispielen in Archiven und bei Ämtern zu recherchieren. Herzlichen Dank!

Annett Kowalski

Bitte nehmen Sie Kontakt zu mir auf: E-Mail annettkowalski@gmx.de, Mobil 0151 - 45 37 65 41 (Ich rufe auch gerne zurück.), Post: Annett Kowalski, Postfach 36 03 47, 10973 Berlin

Wer erinnert sich?

Ich suche nach meinem Vater, **Jan Lipinski**, geb. 1921 in Radzanowo/ Polen. Januar 1945 wurde er aus Kelbönen, Nähe Altkirchen, Kreis Ortelsburg/ Ostpreußen mit einem russischen LKW abtransportiert. Nachdem meine Mutter verstorben ist, wurde bekannt, daß er nach Januar 1945 in Wallendorf (heute Lichte) in der dortigen Porzellanfabrik gearbeitet hat. Ich bin dort persönlich gewesen, doch niemand konnte mir etwas über den Verbleib meines Vaters sagen. Damals waren dort die Amerikaner, es wäre möglich, daß er nach Amerika gegangen ist, denn eine Spur führt nach Kolumbien. Im Zusammenhang mit der Suche nach meinem Vater suche ich auch nach Peter von Bahrenwell und Enek Basanow.

Hinweise bitte an Ursula Rohwer, Am Hang 12, 24646 Warder, Tel. (043 29) 406

Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(030) 23 24-70 00

Montag bis Donnerstag 8.00 – 17.00 Uhr
Freitag 8.00 – 14.00 Uhr

Dr. Ulrich Woronowicz

Am 8. Dezember 2011 verstarb im Alter von 83 Jahren Dr. Ulrich Woronowicz, Theologe, Religionsphilosoph und Pfarrer, der zu den wenigen Menschen zählte, bei denen Berufung, Berufsleben und Lebensführung sich miteinander im Einklang befanden.

Wir trauern um Dr. Woronowicz und danken ihm für die jahrelange Unterstützung unserer Arbeitsgemeinschaft. Seine Ansprachen und Wortbeiträge – wir erlebten es besonders bei Gedenkveranstaltungen an Massengräbern von NKWD-Opfern – prägten sich in das Bewußtsein der Zu-

hörer ein. In seinen Veröffentlichungen, besonders im Buch „Sozialismus als Heilslehre“, steht Klartext, auch als Ergebnis persönlicher Erfahrungen. Ab 1948 an der Universität Rostock, wurde Ulrich Woronowicz Mitglied der studentischen Opposition gegen den sich etablierenden SED-Staat. Im letzten Moment konnte er sich einer geplanten Verhaftung entziehen.

Sein „Tagebuch 1958 bis 1960 – Als Dorfpfarrer in Brandenburg“ (Mitteldeutscher Verlag) ergänzte er, bereits von Krankheit gezeichnet, mit dem Folgebänd „...als Stadtpfarrer...“, der im gleichen Verlag erscheinen soll. Auch diese Tagebücher zeigen ihn als unerschrockenen Streiter für Gerechtigkeit – gegen die bedrückenden Zustände in der DDR und den

allgegenwärtigen Zwang der SED auch in Kleinigkeiten, der ein selbstbestimmtes Leben unmöglich machte und viele Bürger zur Flucht in den Westen trieb.

Worte der Hinterbliebenen auf ihrer Traueranzeige für Dr. Woronowicz fassen sein Wirken hervorragend zusammen: „Das menschliche Denken und Handeln verstehen, die Welt hinterfragen und zum Zeitgeist auf Distanz gehen, Werte beleben und neu ordnen mit Aufrichtigkeit, Mut und Tatkraft – so war er Theologe, Seelsorger und Superintendent...“

Sechs Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Sachsenhausen 1945-1950 e.V.

Ernst Borer

Es gab in der Schweiz etliche Freunde und stille Helfer für die Menschen in der DDR, doch ist Ernst Borer zweifellos dabei an erster Stelle zu nennen. Bereits als Jugendlicher engagierte er sich aktiv gegen die Hitler-Diktatur. Nach Kriegsende sah er keinen grundlegenden Unterschied zwischen dieser und der DDR. Als Gewerkschaftler wandte er sich besonders gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft im Kommunismus, und so war es kaum

verwunderlich, daß er nach dem Volksaufstand 1953 die „Aktion für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker“ gründete und deren Präsident wurde. Finanziert wurden die Aktivitäten durch Spenden Schweizer Bürger. Erstes sichtbares Zeichen war die Errichtung eines Gedenksteines in der Stadtmitte Zürichs zur Erinnerung an jenen 17. Juni 1953, der gerade an jenem Tage mit vielen Kränzen geschmückt und von einer Ehrenwache Schweizer umgeben war. Es liefen etliche – wenn auch sehr stille – Fäden zu Gleich-

gesinnten in der Bundesrepublik, die ihn stets mit Aufklärungsmaterial versorgten. Manches Päckchen aus der Schweiz an Angehörige von politischen Häftlingen in der DDR stammte letztlich von seiner Gruppierung. Der Fall der Berliner Mauer war für ihn, wie er einmal sagte, einer der schönsten Tage in seinem Leben. Der unermüdliche Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit verstarb, fast 88jährig, Ende letzten Jahres.

Friedrich-Wilhelm Schломann

Siegfried Hentschel

Die Angehörigen des frühen Widerstandes gegen den kommunistischen Terror in der SBZ und späteren DDR trauern um einen ihrer besten Kameraden. Siegfried Hentschel ist am Morgen des 17. Januar in Dresden verstorben. Er wurde 85 Jahre alt. Anfang der fünfziger Jahre wurde er wegen seiner antikommunistischen Haltung in Dresden verhaftet, von einem Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Haft verurteilt und in die GULag-

Strafregion Workuta verschleppt. Ende 1955 gehörte er zu den letzten deutschen Gefangenen, die nach den von Bundeskanzler Adenauer in Moskau geführten Verhandlungen von der sowjetischen Regierung amnestiert und nach Deutschland entlassen wurde. Er lebte mit seiner Frau in Dresden und wurde in den neunziger Jahren von der Militärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitiert.

Die Aufklärung vor allem auch junger Menschen über den Terror, den die kommunistischen Machthaber gegen Andersdenkende ausübten, stand im

Mittelpunkt seines Lebens. Seine Führungen von Besuchern der Gedenkstätte in der Bautzener Straße waren für alle beeindruckend. Siegfried Hentschel war Ehrenvorsitzender des Trägervereins der Gedenkstätte Bautzener Straße, er gehörte dem Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft an. 2007 verlieh ihm der Landtagspräsident die Sächsische Verfassungsmedaille. Seine Schicksalsgefährtinnen und -gefährten werden sein Andenken ehrend bewahren.

H. Schüler

Klaus Knabe

Im Alter von 72 Jahren ist Klaus Knabe, Gründer des DDR-Museums in Pforzheim, nach kurzer schwerer Krankheit am 11. Februar 2012 gestorben. Eine in Deutschland einzigartige historische Sammlung zur SBZ/DDR-Geschichte ist sein Lebenswerk. Über 50 000 Menschen, darunter 700 Schulklassen, besuchten das Museum seit 1998. Auf drei Etagen sind mehr als 1000 Ex-

ponate ausgestellt, die dem Besucher 45 Jahre Geschichte der zweiten deutschen Diktatur vermitteln. Klaus Knabe ist es gelungen, an die Schicksale der politischen Häftlinge in den „Speziallagern“, den Stasi-Untersuchungshaftanstalten und Zuchthäusern zu erinnern und anschaulich die kommunistische Gewaltherrschaft darzustellen. Dafür gebührt ihm von uns Opfern ganz besonderer Dank. Klaus Knabe war gefeiert gegen Geschichtsklitterung und

Verklärung der ehemaligen DDR. Aufklären und Erklären waren seine Anliegen. Dem leidenschaftlichen Verfechter von Demokratie und Freiheit wurden auch die hohen Ehrungen des Bundesverdienstkreuzes (2002) und des deutschen Einheitspreises (2006) zuteil. In Wertschätzung werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Gisela Lotz, Stellv. Vorsitzende des Vereins „Gegen das Vergessen“

Die West-Spionage der DDR

4.3. (So), 10.00-17.00 Uhr:
„Feuer, Wasser, Krieg und andere Katastrophen“. Tag der Archive. 11.00 Uhr: Zerrissene Akten. Vortrag v. Dr. Juliane Schütterle u. Ruth Schirge, BStU Berlin; 15.00 Uhr: Die „Rosenholz-Unterlagen“ und die Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Helmut Müller-Enbergs, BStU Berlin; ganztägig Ausstellungen, Besichtigungen, Filme u.a.; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Außenstelle Rostock, Hohen Tannen 11, 18196 Waldeck/Dummersdorf

6.3. (Di), 18.00 Uhr:
Frauen im GULag. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.3. (Di), 18.30 Uhr:
„Menschen im Spiegel der Zeit“. Lesung mit der Autorin Ursula Rumin; Veranstaltung d. Konrad-Adenauer-Stiftung; Ort: Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin

6.3. (Di), 19.00 Uhr:
Tiere in Menschengestalt – Die Anatomie des Militärstrafvollzugs Schwedt. Autor Paul Brauhnert spricht über sein autobiographisches Werk; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolai-kirchplatz 5-7, 10178 Berlin

13.3. (Di), 18.00 Uhr:
1972 – Ein Schlüsseljahr für die innerdeutschen Beziehungen (Veranstaltungsreihe 2x Deutschland); Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

13.3. (Di), 19.00 Uhr:
Geheimpolizei zwischen Dock und Helming. Die Stasi und die Werften in der DDR. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Volkshochschule Stralsund, Friedrich-Engels-Str. 28, 18437 Stralsund

13.3. (Di), 19.00 Uhr:
Erziehung hinter Gittern. Lesung mit Autorin Dr. Nicole Glocke; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt; Ort: Volkshochschule Erfurt, Schottenstr. 7, 99084 Erfurt

15.3. (Do), 18.00 Uhr:
Die volkseigene Erfahrung? (Veranstaltungsreihe Anpassung); Vortrag v. Dr. Alexander Plato; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

15.3. (Do), 19.00 Uhr:
„Ein ganz normaler Feind“. Das Leben des Peter Wulkau in den Akten der Stasi. Podiumsgespräch mit Roland Jahn, BStU, Heike Bachelier u. Peter Wulkau, Autoren; Buchvorstellung u. Lesung auf der Leipziger Buchmesse

Das Buch legt in allen Einzelheiten Strukturen, personelle Besetzungen und Ziele der „Hauptverwaltung A“ (HVA) - der Spionageabteilung des MfS - dar. Die 1622 Quellenangaben basieren auf Unterlagen des Ministeriums bzw. der Bezirksverwaltungen (wenn auch beim DDR-Zusammenbruch überaus viele Akten vernichtet wurden), auf Gesprächen mit HVA-Angehörigen und deren Spionen sowie der Sicherungsverfilmung der Hauptabteilung („Aktion Rosenholz“).

Am Ende der DDR umfaßte die HVA 4778 hauptamtliche Mitarbeiter. Das Budget betrug 1987 rund 20 Millionen DDR-Mark und 13,5 Millionen D-Mark. Im Herbst 1989 spionierten in ihrem Auftrag ca. 3000 Westdeutsche gegen den eigenen Rechtsstaat Bundesrepublik und für die DDR-Diktatur. Nicht zu verkennen ist, daß sie sehr oft gut plaziert waren – allein in Bonn hatte die HVA 149 Personen in ihren Diensten.

Die Gesamtzahl jener „Kundschafter an der unsichtbaren Front“ in den über 40 Jahren deutscher Teilung dürfte 12 000 betragen haben. Bei über der Hälfte von ihnen war das primäre Motiv politisch-ideologische Überzeugung. Jeder Fünfte wurde von Geldgier getrieben.

Entgegen der häufigen Schutzbehauptung der Ex-Spione, spielte Erpressung bei weniger als einem Prozent eine wirkliche Rolle. Etwa die Hälfte konnte auf eine zehnjährige konspirative Tätigkeit im Dienste Ost-Berlins zurückblicken, wobei Leichtsinns und Naivität auf Bonner Seite oft ein nicht unerheblicher Grund waren.

Die Ziele der DDR-Spionage richteten sich nach der jeweiligen Situation Ost-Berlins. In der letzten Zeit der DDR lag das Schwergewicht mit 39 Prozent aller Spionage-Aufträge auf Wirtschafts-Auspähungen mit dem eindeutigen Zweck, den ökonomischen Unterschied zwischen beiden Teilen Deutschlands nicht noch größer werden zu lassen. Das war für die DDR-Regierung „von wahrhaft existentieller Bedeutung“, und die – unbestrittenen – Erfolge besonders auf den Gebieten der Elektronik und Petrochemie „trugen wesentlich zum Erhalt des Regimes bei“. Relativ viele Agenten waren

im Embargoschmuggel eingesetzt, der über mehrere westliche Länder lief.

Mit 38 Prozent lag die politische Spionage an zweiter Stelle, sie sollte in den letzten Jahren die politische Gefährdungslage der DDR einschätzen. Schwerpunkte waren das Auswärtige Amt in Bonn und die Parteien, wobei die HVA einen „umfassenden Einblick“ in die SPD gewann.

Im krassen Gegensatz zu früheren Jahrzehnten war Spionage gegen die Bundeswehr während der letzten Jahre der DDR mit nur 13 Prozent der Aufträge nachrangig. Von der einstigen Unterwanderung oder gar einer direkten militärischen Besetzung der Bundesrepublik war man nach der Analyse des Autors „weit entfernt“.

Die einzelnen HVA-Referate konzentrierten sich auf die Militärpolitik und die Pläne der NATO. Bei der Bundeswehr waren die militärische Nachrichtentechnik, die Rüstung, Flugzeugbau und Raketentechnik sowie die elektronische Kriegsführung von Wichtigkeit. Besonderen Stellenwert besaßen die alliierten Streitkräfte, speziell die Funkaufklärung der Amerikaner und deren Abhörmöglichkeiten auf dem Teufelsberg in West-Berlin.

Die Hauptverwaltung A war keinesfalls „der beste Spionagedienst der Welt“, wie sich ihre Führung noch heute in altem, unverändert gebliebenem Weltbild sieht. Tatsache ist aber auch: Sie hatte durch ihre Spione einen ziemlich guten Einblick in den Westteil Deutschlands. Die führende Zeitung Luxemburgs resümierte unlängst: „Trotzdem ging die DDR unter. Der Freiheitswille der dortigen Menschen war stärker als alle Spitzel und Spione der roten Gestapo!“

Friedrich-Wilhelm Schlomann

.....
Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin 2011, 356 S., 5,- € Schutzgebühr; zu bestellen über BStU, Postfach 218, 10106 Berlin



In der Nachfolge Franz Kafkas

In den Morgenstunden des 18. Dezember 2011 ist der 1936 geborene tschechische Schriftsteller und Politiker Václav Havel einem langjährigen Krebsleiden erlegen. Noch 2010 war er mit dem Prager „Franz-Kafka-Literaturpreis“ ausgezeichnet worden, und am 5. Oktober 2011 wurde der 75. Geburtstag des einstigen Staatspräsidenten (1993-2003) mit Ansprachen und Ehrungen gefeiert.

Die Weichen seines beruflichen Werdegangs waren schon 1948 gestellt, als er elf Jahre alt war. Damals, am 20. Februar 1948, hatten die Kommunisten mit einem Staatsstreich die Macht in Prag erobert. Der fleißige und strebsame Schüler, der Abitur machen und studieren wollte, galt fortan als Abkömmling „bürgerlich-reaktionärer“ Eltern, die schon 1948 enteignet wurden. Er durfte in den Jahren 1951/54 keine Oberschule besuchen und war somit vom Abitur ausgeschlossen. Statt dessen wurde er Chemielaborant, was ein durchaus ehrbarer Beruf ist, aber weit abseits seiner Lebensplanung lag. Also besuchte er während der Lehrzeit ein Abendgymnasium und holte das ihm verweigerte Abitur nach, was er durch seine Einkünfte als Taxifahrer finanzieren konnte. Damals auch begann er, erste Texte zu schreiben, denen man deutlich anmerken konnte, daß er die Romane und Erzählungen seines Prager Landsmanns Franz Kafka (1883-1924) gelesen hatte.

Dennoch wurde ihm ein geisteswissenschaftliches Studium an der Karls-Universität verwehrt, er mußte wiederum ausweichen und nahm 1954 ein Wirtschaftsstudium an der Technischen Hochschule auf, das er aber aus politischen Gründen nicht abschließen durfte. Immer waren es die nebenberuflichen Tätigkeiten, die ihn seinem Ziel, Schriftsteller zu werden, näher brachten. Zunächst allerdings mußte er, der bis 1957 schon als Rezensent verschiedener Literaturzeitschriften bekannt geworden war, seinen zweijährigen Militärdienst ableisten. Erst danach, um 1960, gelang es ihm, als Bühnenarbeiter an zwei Prager Kleintheatern angestellt zu werden, was ihm neue Möglichkeiten eröffnete. Er wurde schließlich Dramaturg und Regieassistent an den Prager Städtischen Bühnen. Im „Theater am Geländer“ wurden dann auch seine ersten Stücke „Das Gartenfest“ (1963) und „Die Benachrichtigung“ (1965) uraufgeführt, obwohl sie keineswegs der staatlich verordneten Literaturdoktrin „Sozialistischer

Realismus“ verpflichtet waren, sondern eher dem absurden Theater französischer Herkunft. Außerdem, und das machte ihn politisch verdächtig, stellten sie in verschlüsselter Sprache den Machtanspruch totalitärer Ideologien zur Diskussion. Alle diese Theaterstücke und Prosatexte Václav Havels prägten das intellektuelle Klima Prags bis zum IV. Schriftstellerkongreß 1967 und darüber hinaus bis zum Prager Frühling 1968.

1962 war es ihm gelungen, ein Fernstudium an der Theaterfakultät der Karls-Universität bewilligt zu bekommen, das er 1966 abschließen konnte. Während dieser vier Jahre entstanden die Stücke „Das Memorandum“ (1965) und „Erschwerte Möglichkeit der Konzentration“ (1968). Es war nur folgerichtig, daß er auf dem am 26. Juni 1967 in Prag beginnenden IV. Kongreß der tschechoslowakischen Schriftsteller, auf welchem auch Alexander Solschenyzius „Offener Brief an den Sowjetischen Schriftstellerkongreß“ verlesen wurde, auftrat, sich für von der Geheimpolizei verhaftete Kollegen einsetzte und die Zensurpraxis scharf kritisierte. Das sollte sich später bitter rächen.

Nach der Niederschlagung der demokratischen Bewegung in der Tschechoslowakei durch Truppen des „Warschauer Pakts“ am 21. August 1968 wurde Václav Havel, der bis dahin Vorsitzender des „Klubs unabhängiger Schriftsteller“ und Wortführer der nicht kommunistischen Intellektuellen gewesen war, im gesamten Ostblock, also von Magdeburg bis Wladiwostok, mit Aufführungs- und Veröffentlichungsverbot belegt. Er zog sich aufs Land in ein Bauernhaus zurück und verdiente seinen Lebensunterhalt als Hilfsarbeiter in einer Brauerei. In Westeuropa dagegen, besonders in Österreich und in Westdeutschland, wuchs sein Ruhm als Dramatiker und Hörspielautor unaufhörlich, seine Stücke wurden überall aufgeführt (und häufig nicht verstanden!), besonders das Wiener Burgtheater nahm sich seiner dramatischen Produktion an, der Rowohlt-Verlag in Reinbek bei Hamburg veröffentlichte seine gesammelten Dramen und Prosaschriften.

In seiner Heimat begann nun die Zeit seiner physischen Verfolgung, die ihn mehrmals ins Gefängnis führte. Nachdem er im April 1975 einen „Offenen Brief“ an Staatspräsident Gustav Husak geschrieben hatte, worin er schonungslos

Veranstaltungen

„Leipzig liest“ d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

15.3. (Do), 19.30 Uhr:

Jugend im Visier des MfS. Stasi-Strategie gegen „Meuten, Rowdygruppen, Klubs und Banden“. Vortrag u. Zeitzeugengespräch mit Thomas Auerbach, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Gymnasium „Am Sonnenberg“, Am Sonnenberg 1, 19089 Crivitz

16.3. (Fr), 19.00 Uhr:

„Zwangsarbeit im Chemiedreieck“. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR. Mit Autor Justus Vesting u. Verleger Dr. Christoph Links; Buchvorstellung u. Lesung auf der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“ d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.3. (Sa), 16.00 Uhr:

„Die Vermehrung des Schweigens. Selbstbilder später DDR-Literatur. Der Umgang der Autoren/Autorinnen mit Zensur in der DDR“. Mit Autorin Susanne Liermann; Buchvorstellung u. Lesung auf der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“ d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.3. (Sa), 18.00 Uhr:

„Das Wagnis“. Die Geschichte einer Ausreise in die USA. Mit Autorin Dorothea D. Kress; Buchvorstellung u. Lesung auf der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“ d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

20.3. (Di), 19.00 Uhr:

Schattenkinder hinter Torgauer Mauern. Jugendwerkhöfe in der DDR. „Der letzte Schliff“, Vortrag v. Dr. Christian Sachse, Historiker, „Schattenkinder hinter Torgauer Mauern“, Lesung mit Autorin Heidemarie Puls; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Gedenkstätte Point Alpha, Haus auf der Grenze, Platz der Deutschen Einheit, 36419 Geisa

20.3. (Di), 19.00 Uhr:

„Unterm Strich!“ – Karikatur und Witz im SED-Staat. Vortrag v. Thomas Lukow, Stasimuseum Berlin; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

20.3. (Di), 19.00 Uhr:

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, **Roland Jahn**, im Gespräch. In der Zeitzeugenreihe „Unterdrückt – Zerbrochen – Widerstanden“, Schicksale in Ostdeutschland 1945-1989; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Rathaus Rostock, Rathaus-halle, Neuer Markt 1, 18055 Rostock



22.3. (Do), 19.00 Uhr:

Schattenkinder hinter Torgauer Mauern. Jugendwerkhöfe in der DDR. „Der letzte Schliff“, Vortrag v. Dr. Christian Sachse, Historiker, „Schattenkinder hinter Torgauer Mauern“, Lesung mit Autorin Heidemarie Puls; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Stadt- u. Kreissparkasse Hildburghausen, Markt 25, Hildburghausen

27.3. (Di), 19.00 Uhr:

1952 – Kirchenkampf und verschärfte Repression in der DDR: Erste Notaufnahmelager in West-Berlin. Vortrag u. Diskussion mit Bettina Effner, Leiterin d. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Prof. Dr. Martin Greschat, Kirchenhistoriker, Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, Historiker, Prof. Axel Noack, Kirchenhistoriker, Dr. Charlotte Oesterreich, Historikerin; Veranstaltung. Berliner LStU u.a.; Ort: Französischer Dom, Gendarmenmarkt 5, Berlin-Mitte

29.3. (Do), 14.00-19.30 Uhr:

Besuchertag. 14.30-16.30 Führungen; 18.00 Uhr: Fahnenflucht zur See – Die Volksmarine im Visier des MfS. Ref. Dr. Ingo Pfeiffer, Fregattenkapitän a.D.; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

29.3. (Do), 18.00 Uhr:

Bergfrei? Geheimhaltung, Unterdrückung und Parteihegemonie im DDR-Bergbau. Podiumsdiskussion mit Jan Färber, Bergbaumuseum Oelsnitz, Gerhard Bankleit TU Dresden, Dr. Peter Hoheisel, Bergarchiv Freiberg, Volker Bannies, Gymnasium Freiberg; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u.a.; Ort: Bergbaumuseum Oelsnitz/Erzgebirge, Pflockenstraße, 09376 Oelsnitz/E.

30.3. (Fr), 18.00 Uhr:

„Gulag und Genossen“. Aufzeichnungen eines Überlebenden. Lesung u. Gespräch mit Autor Günter Rehbein; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Landschaftsmuseum Dübener Heide, Burg Dübener Heide, Neuhofstr. 3, 04849 Bad Dübener Heide

31.3. (Sa), 16.00 Uhr:

Gedenkandacht zum Jahrestag des Gefangenenaufstandes im „Gelben Elend“. Ort: Dom St. Petri in Bautzen

3.4. (Di), 18.00 Uhr:

Zwei Staaten, zwei Kirchen? Kirche im geteilten Deutschland (Veranstaltungsreihe 2x Deutschland); Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

mit der Diktatur abrechnete, wurde er im Januar 1977 Mitbegründer und Sprecher der „Charta 77“. Deshalb wurde er im März verhaftet und im Oktober wegen „subversiver und staatsfeindlicher Aktivitäten“ zu drei Jahren Gefängnis „auf Bewährung“ verurteilt, 1978 dann, als das nichts gefruchtet hatte, unter Hausarrest gestellt. Ihn wirklich einzusperren traute man sich erst 1979, als er wegen „Aufruhr“ viereinhalb Jahre Gefängnis zudiktiert bekam. Im März 1983 wurde er - und nur deshalb, weil westeuropäische Intellektuelle wegen seines sich stetig verschlechternden Gesundheitszustands protestiert hatten - vorzeitig entlassen. Als er sechs Jahre später, im Januar 1989, in Prag an einer Gedenkveranstaltung für Jan Palach, der sich am 19. Januar 1969 öffentlich verbrannt hatte, teilnahm, wurde er erneut verhaftet, nach Protesten aber bald wieder entlassen. Wenige Monate später, die Samtene Revolution in Prag war in vollem Gange und die Mauer in Berlin noch nicht gefallen, wurde Václav Havel am 15. Oktober 1989 in der Frankfurter Paulskirche mit dem „Friedenspreis des Deutschen Buchhandels“ ausgezeichnet. Ausreisen, um die Dankesrede zu halten, ließ man ihn nicht, der Schauspieler Maximilian Schell, mit dem er befreundet war, verlas die auf Umwegen aus Prag zugeschickte Rede.

Václav Havel hat später noch eine ganze Reihe anderer Auszeichnungen erhalten, doch der Friedensnobelpreis, für den er mehrmals, zuletzt 2004, vorgeschlagen war und der ihm zugestanden hätte, blieb ihm verwehrt.

Jörg Bernhard Bilke

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Februar Geburtstag haben

Erna Müller, Hubert Polus am 2. Februar, Josef Seemann am 3. Februar, Heinrich Labuhn am 7. Februar, Kasimir Tomaske am 9. Februar, Horst Epp am 10. Februar, Emil Hanisch am 12. Februar, Hans Schulze am 13. Februar, Heinz Grünhagen am 14. Februar, Viktor Gorynia am 18. Februar, Norbert Kusenack am 22. Februar, Dr. Helmut Schneider am 24. Februar, Martina Jacobi am 27. Februar, Hans Schwenke, Dr. Hans-Peter Walter am 28. Februar

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Günter Antrack, Kathrin Arnold, Hans Günter Aurich, Eliza Baum, Heinz Beckmann, Werner Benduhn, Hans-Joachim Berndt, Rüdiger Bernhardt, Dr. Georg Beyer, Klaus Bohlken, Violet Brehmer, Barbara Brömel, Gerold von Busse, Eberhard Büttner, Hartmut u. Gundela Digutsch, Hans-Otto Dittner, Bruno Draeger, Eugen Dunzelt, Heinz Engert, Peter Frenz, Hans-Dieter Fritsch, Gottfried Fröhlich, Gerhard Gärtner, John Gerstner, Gerda Goederich, Kurt Goeringer, Burkhard M. Gottschling, Kurt Große, Alexander Grow, Margot Hampe, Dieter Hannß, Roland Hasselberg, Ilse Helldrich, Uwe Helmbrecht, Theodor Hilbig, Karl-Heinz Hoffmann, Erich Horn, Martin Immer, Hermine u. Reinhold Irimi, Eva Irmsch, Roland Jacobi, Dr. Gisela Jahn, Käte Jahn, Gerhard Jost, Horst Jungsbluth, Bernhard Kaczmarek, Heiner Kausch, Helga Kiwitt, Claus Klappert, Friedrich Klausch, Dr.

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1
10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo-Fr, 14-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.
Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH),
Do 11-16 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39
E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1
10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik,
Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen. Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Hansjochen Kochheim, Dr. Herbert Köppe, Norbert Koy, Manfred Krafft, Karl-Heinz Krause, Katharina Krikowski-Martin, Frank Kühnast, Jobst Kühne, Michael Kunath, Franz Kurzidim, Werner Friedhelm Lafeld, Elisabeth Ledwon, Heinz u. Eva Lehmann, Dr. Anneliese Liening, Detlef Linde, Markwart Lindenthal, Ilsemarie Lorenz, Annemarie Lüdicke, Joachim Lummitsch, Marianne Malz, Manfred Mauer, Hella Meißner, Harry Mergner, Werner Morgenstern, Hans Georg Müller, Dr. Jens Nielsen, Johannes Oesterhelt, Host Opitz, Lothar Otter, Volker Pilz, Georg Pötschke, Eike Christine Radewahn, Günter Radtke, Marieliese Radtke, Ernst-Willi Rehdanz, Gerda von Reitzenstein, Lisbeth Rentsch, Ingeborg Reuter, Margot Reuter, Ilse Richter, Jürgen Ritthaler, Günter Roike, Lothar Rühl, Wolfgang Rullik, Hermann Schicketanz, Rita Schiller, Hanni Schmidt, Marianne Schmidt, Horst Schmiel, Karl Schober, Renate u. Lothar Scholz, Anneliese Schubert, Dietrich Schulz, Dora Schulz, Elisabeth Schuster, Dr. Thomas Smolin, Hans Sohn, Karl Sorge, Herbert Stephan, Gotthilf Sternberg, Elke Straube, Edith Ströhl, Martin Taatz, Michael Teltz, Joachim Tetzlaff, Ursula Timm, Wolfgang Ulbrich, Burkhard Ulm, Helge Viereck, Herbert Voigt, Dr. Jürgen Weiland, Jürgen Kurt Wenzel, Peter Winkler, Herbert Winter, H. Wüstemann, Prof. Dr. Walter Zöllner

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
E-Mail: bsvbb@yahoo.de
Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle
Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 01

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Verbandskoordination: Carola Schulze, Florian Kresse, Katrin Behr
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup, Tel. (030) 55 77 93 51
Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728, Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG, Postfach 490280, 12282 Berlin
PVSt. DPAG, Entgelt bezahlt. 13017

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin, Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 300

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn, Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 10. Februar 2012

